



Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße

Blutige Maitage in Berlin

3618

lennig



Republikanische Malfeler

Bild auf der 4. Umschlagseite: Polizeiüberfall auf Straßenpassanten am Schönhauser Tor

Blutige Maitage in Berlin

von Werner Hirsch

Internationaler Arbeiter-Verlag Berlin

Verantwortlich für Inhalt und Verlag:
Paul Merker, Berlin. Druck: „Peuvag“
Abtg. Friedrichstadt-Druckerei Berlin
Kleine Alexanderstraße 28

A81-3618



Der 1. Mai

Vor vierzig Jahren, im Jahre 1889, beschloß der Internationale Sozialistkongress in Paris die Einführung des Weltkampftages der Arbeiterklasse am 1. Mai. Vierzig Jahre lang hat seither die Arbeiterschaft den 1. Mai begangen. Das Berliner Proletariat marschierte stets an der Spitze, wenn es galt, am 1. Mai die Massenheerschau des proletarischen Klassenkampfes zustandezubringen. Im kaiserlichen Deutschland, zu Zeiten des berühmten Polizeipräsidenten v. Jagow ließen es sich die Berliner Arbeiter dennoch niemals nehmen, durch ihren Aufmarsch, durch ihre Massendemonstration Zeugnis abzulegen von dem Willen der arbeitenden Masse, den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, für den Sozialismus, den Kampf gegen die imperialistische Kriegstreiber und für den Weltfrieden zum Siege zu führen. Schon damals kam es vor, daß die reaktionäre Obrigkeit dem Proletariat die Straße streitig machte. Wer erinnert sich nicht an des Polizeipräsidenten Jagow berühmtes Wort:

**„Die Straße dient dem Verkehr!
Ich warne Neugierige!**

Der Polizeipräsident v. Jagow.“

Und so war es auch bisweilen am 1. Mai. Blättert man heute in den damaligen Nummern des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei, des „Vorwärts“, so liest man z. B. am 1. Mai 1910, als der wilhelminische Minister des Innern, Herr v. Moltke, die Maidemonstration verboten hatte, folgende sozialdemokratische Antwort:

„Der 1. Mai gehört dem Proletariat. Er ist nicht nur das Fest, er ist die Heerschau der Arbeit! Am 1. Mai sammelt das Proletariat Kraft zu neuen Kämpfen! An der Massenheerschau des 1. Mai wächst ihm die zuversichtliche Kraft zu neuen Siegen!“

Und einige Tage später schrieb der gleiche „Vorwärts“:

„Es wird dem Minister des Innern klargemacht werden, daß seine Anweisung das ohnehin aufs schärfste empfindlich verletzte Rechtsempfinden des Volkes nur noch mehr aufzupettchen geeignet ist!“

Das sagte der „Vorwärts“ vor nicht ganz zwanzig Jahren. Inzwischen hat sich die Sozialdemokratie von einer Arbeiterpartei in die Koalitionspartei der Bourgeoisie, in eine staatserkhaltende, mit dem Staatsapparat aufs engste verquidete und verwahrene bürgerlich korrumpierte Partei gewandelt. An der Stelle der Sozialdemokraten von damals stehen heute die Kommunisten, die allein die Traditionen des Marxismus, die Traditionen des proletarischen Klassenkampfes und der Arbeiterbewegung aufrecht erhalten und — entsprechend der heutigen entwickelten Situation — ihrerseits fortführen.

Der „Vorwärts“ und die Sozialdemokratie sind aus Anhängerern zu den schärfsten Feinden des 1. Mai geworden. Kein Wunder, wenn die Bourgeoisie nach dem Verlauf des 1. Mai in diesem Jahr ihre Witze über die Rolle der Sozialdemokratie macht. Kein Wunder, wenn — um ein Beispiel von hundertern zu wählen — das bürgerlich-reaktionäre Berliner Blatt „Der Westen“ am 1. Mai dieses Jahres schreibt:

„Die Feier des 1. Mai in Berlin fordert diesmal zu Vergleichen mit früheren Feiern dieser Art geradezu heraus. Denn wenn an jenem Sonntag 1889, als ein internationaler Sozialistenkongress beschloß, den 1. Mai durch Demonstrationen und Umzüge zu feiern, ein Heilseher prophezeit hätte, daß vierzig Jahre später ein sozialdemokratischer Innenminister und ein sozialdemokratischer Polizeipräsident gezwungen sein würden, jede öffentliche Demonstration an diesem Tage zu verbieten, dann hätte man ihn ausgelacht. Und doch ist es so gekommen. Dieselben Leute, die vierzig Jahre lang am 1. Mai die Massen gegen die Staatsautorität, folte es was es wolle, auf die Straße schickten, sehen sich heute gezwungen, die Staatsautorität gegen die Maidemonstranten zu schützen und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, das heißt also wohl nötigenfalls auch mit Waffengewalt, den Mißbrauch der Straße zu politischen Zwecken zu verhindern... Es muß für jeden wahren Patrioten ein erhebendes Gefühl sein, zwei so bewährte marxistische Kämpfer, wie die Herren Erzziński und Jörgiebel, mit einem Eifer und einer Pfllichterfüllung, die auch vom bürgerlichen Standpunkt aus rühmlichste Anerkennung verdienen, um das Staatswohl bemüht zu sehen.“

Wie es in vergangenen Jahren zuging

Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin „verbot“ in diesem Jahr den Berliner Arbeitern, am 1. Mai zu demonstrieren. Gab es irgendeinen vernünftigen Grund für ein solches Verbot? Gab es irgendeinen Vorwand, dieses Verbot zu rechtfertigen? Waren vielleicht in den vergangenen Jahren bei den Maidemonstrationen des Berliner Proletariats Zusammenstöße erfolgt? Hatten die demonstrierenden Arbeiter die Polizei angegriffen? Nichts dergleichen: Mäherlich demonstrieren viele Hunderttausende Berliner Proletarier, ohne daß irgendwelche Zwischenfälle eintraten.

Nicht umsonst schrieb deshalb, zwei Tage vor dem 1. Mai, auch ein sozialdemokratisches Blatt, die „Volkzeitung“ in Planen:

„Ist sich Genosse Jörgiebel gar nicht bewußt, daß am 1. Mai zweifellos nicht nur Kommunisten demonstrieren werden, sondern auch gute, treue, alte Parteigenossen von uns, die sich von niemand das Recht zur Maidemonstration nehmen lassen wollen? Ist er sich nicht bewußt, daß er mit seinem Verhalten der vierzigjährigen Tradition unserer Partei einen schweren Stoß versetzt? Und ist dem Genossen Jörgiebel nicht ein wenig peinlich, in Gesellschaft ausgerechnet Bulgariens und Jugoslawiens zu erscheinen, der politisch rückständigsten Staaten Europas, in denen der weiße Terror umgeht...? Es bleibt ein unbegreifliches Trauer-

spiel, daß unter einem sozialdemokratischen Innenminister und Polizeipräsidenten am 1. Mai Demonstrationen verboten sind."

Und eine andere sozialdemokratische Zeitung, das „Sächsische Volksblatt“, äußert sich ähnlich:

„Demonstrieren am 1. Mai ist das Recht der Arbeiter, das sie sich vor 1918 von niemand nehmen ließen und das ihnen auch jetzt niemand nehmen kann.“

Wir haben dem wenig hinzuzufügen. Die Berliner Arbeiter haben zu dem Demonstrationsverbot Jörgiebels in weit über 600 Versammlungen der Belegschaften der Betriebe und Arbeiterorganisationen Stellung genommen. Unter diesen Belegschaftsversammlungen waren die nahezu aller Großbetriebe. Und in allen diesen Versammlungen wurde entweder einstimmig oder gegen ganz wenige Stimmen beschlossen, am 1. Mai unter allen Umständen zu demonstrieren. Jörgiebel kümmerte sich nicht darum. Würde man alle Resolutionen, die gegen sein Demonstrationsverbot angenommen wurden, nacheinander abdrucken, so könnte man fast eine Broschüre von hundert Seiten damit füllen, obwohl die einzelnen Resolutionen stets nur wenige Sätze umfassen. Jörgiebel kümmerte sich nicht um diese Welle des Massenprotestes. Er wollte nicht hören. Er hatte seine Gründe. Was für Gründe — das wollen wir später untersuchen. Soviel steht jedenfalls fest: Noch niemals floß Arbeiterblut am 1. Mai, noch niemals gab es Zusammenstöße!

Der Mord wird vorbereitet

„Wenn man kalten Herzens zuseht, wie der Arbeitermord vorbereitet wird...“

So nahte der 1. Mai. Wie Jörgiebel, wie die schwarzrotgoldene Republik und die Sozialdemokratie sich auf das Blutbad unter der Berliner Arbeiterbevölkerung vorbereiteten, das wollen wir nicht mit eigenen Worten schildern, sondern wiederum mit den Worten einer sozialdemokratischen Zeitung selbst:

„Diese „Stomödie“ des Kleinen Belagerungszustandes in Berlin läßt ein furchtbares Trauerspiel am 1. Mai ahnen. Daß der 1. Mai trotz des Verbots des Polizeipräsidenten und trotz der Abmachung des größten Teils der Gewerkschaften nicht ohne Demonstrationen vorübergehen wird, ist bei der steigenden Radikalisierung Berlins so gut wie sicher... Die Polizei wird ganz gewiß gegen die Straßendemonstration der vielen Zehntausende, die trotz aller Abmahnungen das Recht auf die Maidemonstration gegen den Polizeipräsidenten verteidigen wollen, einschreiten, und wenn am Anfang des Einschreitens der Gummiknüppel steht, so endet es, wie schon oft (Dwege oder Straßburg) mit erschossenen Arbeitern! Nachher kann der „Vorwärts“ viel von der Schuld der Kommunisten am Arbeitermord usw. erzählen;

der einfache, nicht am „8-Uhr-Abendblatt“ geschulte Verstand sieht nur auf der einen Seite die von der Polizei erschossenen Arbeiter, auf der anderen Seite erinnert er sich, daß auch Herr v. Jagow nicht die Maidemonstration unterdrücken konnte.

Es ist sehr einfach, die Schuld an dem Unglück, das der 1. Mai 1929 über viele Arbeiterfamilien bringen wird, den Kommunisten zuzuschreiben; man braucht nur zu sagen, daß die Kommunisten, wenn das Verbot bestand, nicht zu einer Demonstration hätten aufrufen dürfen. Aber was nützt es . . .

wenn man kalten Herzens zusieht, wie alle Vorbereitungen getroffen werden, um Arbeiter wegen Verstoßes gegen eine Polizeiverordnung des Polizeipräsidenten aus dem Jahre 1929 niederzuschießen?

... Sache der Gesamtpartei ist es, wenn das Leben von Arbeitern für die Erhaltung der sogenannten Staatsautorität geopfert werden soll! Wir hoffen, daß die Berliner Genossen, die ja noch vor dem 1. Mai ihren Bezirksparteitag abhalten, noch ein deutliches Wort zu den Kampf vorbereitungen der Berliner Polizei sprechen werden. Aber dürfen wir den Genossen Jörgiebel an das Wort des römischen Kaisers erinnern: „Lieber will ich einem Bürger das Leben retten, als tausend Feinde töten“, dürfen wir ihn bitten (!), lieber seine Autorität zu riskieren und von Maßnahmen gegen die Maidemonstrationen abzusehen, als den 1. Mai zu einem Tag der Toten zu machen? Wir haben trotz aller Ereignisse der letzten Wochen noch die Hoffnung, daß der Berliner Polizeipräsident nicht das Leben der Arbeiter aufs Spiel setzen wird — freilich, groß ist die Hoffnung nicht.“

Das alles schrieb kein kommunistisches Blatt. Das alles schrieb am 19. April 1929 — zwölf Tage vor dem 1. Mai — eine sozialdemokratische Zeitung. Das schrieb „ein Berliner Sozialdemokrat“ im „Sächsischen Volksblatt“ unter der Überschrift: „Der 1. Mai — Berlins Totentag“.

Alle seine Voraussetzungen sind eingetroffen.

Die „Hoffnung“, Jörgiebel möge nicht „kalten Herzens Arbeiter wegen Verstoßes gegen eine Polizeiverordnung niederschießen“ lassen — diese Hoffnung war trügerisch. Sie war ebenso trügerisch, wie der Appell der sächsischen sozialdemokratischen Zeitung an die Berliner Sozialdemokratie und ihren Bezirksparteitag.

Eine sozialdemokratische Frage und eine sozialdemokratische Antwort

Noch einmal nach dem 19. April, am letzten Sonnabend vor dem 1. Mai, schrieb das gleiche „Sächsische Volksblatt“ unter dem Titel: „Jörgiebel macht mobil gegen den 1. Mai“ folgenden Satz:

„Was sagen eigentlich die Berliner Parteigenossen und der Parteivorstand zu diesen Jagow-Methoden des Genossen Jörgiebel?“

Wir sind heute imstande, dem „Sächsischen Volksblatt“ auf diese Frage zu antworten. Auf dem Bezirksparteitag der Berliner Sozialdemokratie vom 28. April, drei Tage vor dem 1. Mai, war Jörgiebel als Ehrengast anwesend.

Ausdrücklich begrüßte ihn der „linke“ Vorsitzende der Berliner SPD, Franz Künstler. Ausdrücklich erklärte in der Debatte der Sozialdemokrat Egner-Neukölln — und er erklärte es ohne Widerspruch der übrigen SPD-Bonzen und -Bönzchen:

„Wir müssen dem Genossen Jörgiebel unseren Dank aussprechen, daß er uns davon bewahrt, solche unerträglichen Zustände wie im letzten Jahr noch einmal zu erleben.“

Die „unerträglichen Zustände“ vom letzten Jahr — das war die Miesendemonstration der Berliner Arbeiter gewesen, die sich freilich nicht unter sozialdemokratischen Losungen, nicht unter Schwarzrotgoldenen Fahnen, sondern unter der roten Fahne des Klassenkampfes und den Parolen der Kommunisten vollzog.

Die SPD. jagte Dank. Jörgiebel „blieb fest“. Und so wurde wahr, was das „Sächsische Volksblatt“ vorausgesagt hatte: Die Sozialdemokratie und ihr Berliner Polizeipräsident machten den 1. Mai 1929 zu einem „Tag der Toten“. Wir wollen nur hinzufügen, daß auch das „Sächsische Volksblatt“ selbst, das am 19. April die Wahrheit voraus sagte, nach dem 1. Mai in der Front jener schamlosen Kommunistenhege steht, die es vor dem 1. Mai selbst als „Schlebung“ kennzeichnete. Fest steht jedoch heute, daß nach dem eigenen Geständnis von sozialdemokratischer Seite

der blutige Arbeitermord von Berlin durch Jörgiebel „kalten Herzens vorbereitet“ wurde!

Die Mörder werden präpariert

Jörgiebel, der die kaltblütige Vorbereitung des Arbeitermordes wünschte und anordnete, war sich seiner Sache noch nicht ganz sicher. Der Mord war vorbereitet, aber die Mörder bedurften noch der Dressur für ihr blutiges Handwerk. Der Polizeipräsident hatte von großen Vorbildern gelernt: von Noske, dem Bluthund der ersten Jahre der Revolution, von Schober, dem Schlächter des Wiener Proletariats. Jörgiebel erwies sich als ein gelehriger Schüler, als ein würdiger Kumpan in der erlauchten Gesellschaft der Arbeitermörder.

Die erste Dressur der Bürgerkriegsgarden des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten für das Gemegel unter den Berliner Arbeitern — das war die erhöhte Marmdereitschaft, die eine Woche vor dem 1. Mai einsetzte und aufrecht erhalten wurde. Verweigerter Urlaub, verlängerte Dienstzeit — damit wird die Stimmung der Schupobeamten für den 1. Mai präpariert. Man schärft ihnen ein: die Kommunisten, die Arbeiter sind schuld, daß Ihr keinen Urlaub bekommt, daß Eure Dienstzeit sich verlängert. Und die Beamten denken sich: wir müssen es den Kommunisten, den Arbeitern heimzahlen.

Die zweite Etappe der Mörderdressur — das sind die offiziellen scharfmacherischen Dienstankweisungen. Wir sind in der Lage, einen Polizeibefehl zu veröffentlichen, der den dokumentarischen Beweis für die bewußte und planmäßige polizeiliche Aufreizung bringt. Der uns vorliegende Befehl stammt von der

**Polizeitruppe Ost, Abt. I, Tageb. Nr. 2044/29
vom 21. April 1929.**

Er lautet:

„Gelegentlich eines Verstoßes gegen das Umzugsverbot ist

festgestellt worden, daß die Beamten nicht energisch genug eingeschritten sind. Als aus der Menge Steine geworfen wurden, schritten die Beamten mit dem Gummiknüppel ein. Es wurde hierbei unterlassen, die Täter aus den Reihen der Demonstranten zwangszustellen. Das Kommando ist hiermit nicht einverstanden und vertritt die Ansicht, wenn von mehreren Beamten der Gummiknüppel gebraucht wird, müßte es möglich sein, auch Demonstranten zwangszustellen und einzulieferen. gez. Barsikow.“

Es bedarf kaum der Erläuterung, was ein solcher Polizeibefehl in der Praxis bedeutet. Die unmenschlichen Grausamkeiten der Berliner Polizei am 1. Mai und den folgenden Tagen, Vorgänge, die die schlimmste Kofatenzeit des Jazismus geradezu in den Schatten stellten, — das alles ist die Folge der planmäßigen Aufstachelung aller brutalen Instanzen in den Reihen der Jörgiebel-Garden. Jörgiebel und seine Barsikows haben bewußt mit solchen Befehlen die Mörder auf ihre Opfer dressiert, wie man den Jagdhund zur Sehjagd abrichtet.

Die Pogromlüge steigt

In zaristischen Rußland gab es regelmäßig, wenn einer der Gouverneure das Gefühl empfand, zur Ablenkung der Unzufriedenheit in den Massen, zur Abschwächung des Klassenkampfes und zur Entfesselung des Massenhasßes einen Judenpogrom zu veranstalten, zuvor die notwendige Heßlüge, mit der die Stimmung für den schönen Zweck vorbereitet wurde. Jrgendein „Mitualmord“ wurde erfunden, die Juden hatten angeblich in ihrer Synagoge ein neugeborenes Christkind geschlachtet oder ähnliche Scherze mehr. Damit peitschte man die Massenleidenenschaften auf, damit schuf man den Boden für den geplanten Pogrom.

Diese saubere Methode war nicht auf Rußland beschränkt. Es ist bekannt, mit welchen schuftigen Methoden der Ausstreuung verlogener Grenznachrichten Bismarck seinerzeit die Akeratscheje gegen die Sozialdemokratie einleitete, mit deren Hilfe er das Sozialistengesetz durchpeitschen konnte. Es ist bekannt, daß er das amtliche Wolffsche Telegraphenbüro benutzte, um völlig frei erfundene Schwindelnachrichten in Umlauf zu setzen.

Es ist bekannt, daß Bismarck einen würdigen Nachfolger in jenem Sozialdemokraten Gustav Noske erhielt, der 1919 seinen blutrünstigen Schicksal mit der Schwindelmeldung verbreitete, in Pflandenberg seien 80 Polizeibeamte von den „Spartakisten“ als Geiseln ermordet. Diese Nachricht wurde im März 1919 bekanntlich auf Wunsch des Reichswehrministeriums, an dessen Spitze Noske stand, durch die „B. Z. am Mittag“ kopiert, die zu diesem Zweck eine besondere neue Ausgabe auf die Straßen werfen mußte. Der Ertrag der Noskeschen Pogromlüge war jene massenweise Niedermeßelung wehelofer Arbeiter, Jugendlicher und Erwachsener, die die Noske-Gardisten aus den Wohnungen, ja aus den Betten holten, um sie standrechtlich niederzufallen; war jener schandwürdige Mord des Leutnants Marloh an unbewaffneten Matrosen in der Französischen Straße, die völlig grundlos verhaftet und dann als Gefangene zusammengeschossen wurden.

Was die Bismarck und Noske so schön zustande gebracht, was ihnen so reiche Freiliche der Verhehung getragen hatte — das wollte sich Jörgiebel nicht entgehen lassen. Auch er brauchte eine Pogromlüge, ehe der 1. Mai heran- nahte. Und siehe da, am Abend des 30. April war sie da!

Am Dienstag, den 30. April, bildete sich in Neukölln ein Demonstrationzug. Als er eben aufgelöst wurde, raste ein Heberfallauto der Polizei heran. Die Beamten sprangen ab, schlugen auf die Demonstranten ein. Ueber das, was folgte, meldete am nächsten Tage der „Vorwärts“ und die bürgerliche Presse:

„Schüsse gegen die Polizei.

Zwei Beamte von Kommunisten erheblich verletzt.

Die maßlose Schere der kommunistischen Presse hatte gestern abend in Neukölln einen neuen blutigen Zwischenfall zur Folge. Am Bahnhof Hermannstraße hatte sich gegen 21 Uhr in wenigen Minuten ein kommunistischer Demonstrationzug von etwa 1000 Teilnehmern, unter denen sich viele Frauen und Jugendliche befanden, gebildet. Lärmend und singend zog die Schaar die Hermannstraße entlang. An der Boddinstrasse versuchte ein Polizeiaufgebot, den Zug aufzulösen. Mit Töhlen wurden die Beamten empfangen. Blühlich wurden aus der Menge, wie Zeugen aussagen, von mehreren Stellen zu gleicher Zeit Schüsse abgefeuert. Ein Polizeiwachmeister wurde von einer Kugel in die rechte Hand getroffen. An anderer Stelle wurde ein Beamter umringt und zu Boden geschlagen. Der Wehrlose erhielt von einem unbekanntem Täter einen Messerstich ins Genick. In höchster Bedrängnis mußten die Polizeibeamten schließlich von ihrer Schutzwaffe Gebrauch machen, um sich die Angreifer vom Leibe zu halten. Die verletzten Beamten wurden zur nächsten Sanitätsstelle gebracht, wo ihnen Notverbände angelegt wurden.“

Soweit der „Vorwärts“ und die bürgerliche Presse am Morgen des 1. Mai. Soweit der „Bericht“, wie er seitens des Polizeipräsidiums des Herrn Jörgiebel herausgegeben und zur Kenntnis der Schupo-Garden gebracht wurde.

Und was hatte sich in Wirklichkeit abgespielt?

Die tatsächlichen Vorgänge, wie sie durch eidesstattliche Versicherungen unbeteiligter Augenzeugen, die uns vorliegen, festgestellt wurden und jederzeit auch vor jedem Massengericht der bürgerlichen Republik erhärtet werden können, nahmen folgenden Verlauf:

Die Demonstration in Neukölln am Vortage des 1. Mai, an der mehrere Tausende von Arbeitern teilnahmen, marschierte in Bierereichen, geschlossen und diszipliniert, durch die Straßen unter dem Gesang proletarischer Kampflieder, ohne daß die in den Seitenstraßen haltenden Heberfallwagen und die darauf befindlichen Polizeibeamten einen Angriff unternahmen. Ungefähr am Bahnhof Boddinstrasse, an der Ecke der Seidower Straße und Hermannstraße, gegenüber der Kindl-Brauerei, wurde die Demonstration noch einmal zusammengenommen, eine Ansprache gehalten und die Kundgebung dann aufgelöst. Als die Masse gerade auseinandergehen wollte, fuhr von hinten ein neuer Heberfallwagen der Polizei heran, von dem die Schupo-Mannschaften in rasender Geschwindigkeit absprangen. Sofort, ohne ein Wort der Warnung, schlugen sie auf die nächststehenden Personen ein. Ihr erstes Opfer war eine wehrlose Frau, und zwar die in Brig, Misingstraße, wohnhafte Frau Herting. Sie wurde mit den Gummiknüppeln so bearbeitet, daß sie zusammenbrach.

Darauffin bemächtigte sich der Masse begreiflicher- und berechtigterweise eine heftige Erregung. Die Schupobeamten gaben nunmehr, noch immer an der Ecke Selshower und Hermannstraße, zwei Schreckschüsse in die Luft ab. Der eine der Schupogardisten, der soeben den Schuß abgefeuert hatte, eilte sodann einige Schritte in die Selshower Straße hinein. Dort blieb er stehen. In seinem Dienstrevolver hatte er eine Ladehemmung, wie von unparteiischen und unbeteiligten Zeugen gleichfalls zweifelsfrei gesehen wurde. Der Beamte hügte sich zur Erde, offenbar, um durch einen Druck auf den Lauf die Ladehemmung zu beseitigen. In diesem Augenblick löste sich ein Schuß aus seinem Dienstrevolver. Im gleichen Moment ließ er seine Waffe auch fallen und schüttelte die blutende Hand, die durch die Entladung seines Dienstrevolvers offenbar verletzt worden war. Er raffte sodann die Waffe auf und eilte fort. An der Stelle, wo er gestanden hatte, zeigten sich Blutspuren.

So sah in Wirklichkeit der „Schuß auf Polizeibeamte“ aus. Die Geschichte von dem Messerstich, durch den ein anderer Schupomann verletzt sein sollte, ist gleichfalls freie Erfindung. Wahr ist vielmehr, daß nach der grausamen Mißhandlung einer wehrlosen Frau allerdings die Arbeiter einigen der Schupo-Kaufbolde ihre Gummiknüppel abnahmen und ihnen damit eine Lektion erteilten. Wir haben keinerlei Ursache, diese Tatsache irgendwie abzuschwächen.

Wozu also der ganze Schwindel? Es war die notwendige Bogromklüge Zörgiebels und der sozialdemokratisch-bürgerlichen Journaille, um die Stimmung für das Blutbad am 1. Mai zu schüren, um die Mörder anzuputtschen, um den Mord vorzubereiten. Es war die Methode, mit der im Weltkrieg durch die Franktireuflügen die Soldaten zu ihren Greuelthaten gegen die wehrlose Zivilbevölkerung in Belgien oder anderwärts aufgehetzt wurden. Es war die Methode Bismarcks vor dem Sozialistengesetz. Es war die Methode Kosses im März 1919 während der Lichtenberger Kämpfe. So wurden die Mörder bereitgemacht!

Der Angriff auf die Berliner Arbeiter beginnt

Am Vormittag des 1. Mai setzten die Demonstrationen der Berliner Arbeiterschaft ein. In allen Verwaltungsbezirken marschierten die Massen auf die Straße. Vielfach begannen die Demonstrationen vor den Lokalen, in denen sich die Betriebsbelegschaften versammelten. Andernwärts gingen Kundgebungen an den großen Treffpunkten in den Verwaltungsbezirken voran. Die Demonstrationzüge bewegten sich unter dem Gesang der „Internationale“ durch die Straßen. Sofort setzte die Polizei mit den brutalsten Angriffen auf die unbewaffneten und friedlich demonstrierenden Arbeiter ein. Wir wollen ein Beispiel beschreiben, um zu zeigen, welches Verhalten Zörgiebels Garden schon am frühen Vormittag des 1. Mai, beim Beginn des Aufmarsches der Berliner Proletarier, an den Tag legten und wie sehr sie bemüht waren, durch das Uebermaß brutaler Ausschreitungen Gelegenheit für ein Blutbad großen Stils unter der revolutionären Arbeiterschaft Berlins zu bekommen.

In Moabit marschierte der erste Demonstrationzug von der Wiclessstraße aus, wo die Betriebsbelegschaften eine Kundgebung veranstaltet hatten, mit dem Gesang proletarischer Lieder los. Er bog in die Oldenburger Straße ein, die zur Turmstraße und dem „Kleinen Tiergarten“, dem Treffpunkt für

den Bezirk Moabit, führt. Unmittelbar vor der Turmstraße traten die ersten Ueberfallkommandos dem Zug entgegen, an dessen Spitze die führenden Funktionäre der KPD marschierten. Der Führer der Zörgiebel'schen Bürgerkriegsgarde eröffnete den Angriff mit den Worten:

**„Auseinandergehen, sonst machen wir von der Schuss-
waffe Gebrauch!“**

Die Demonstranten begaben sich nunmehr auf die Bürgersteige und zogen hier, nicht mehr in festen Reihen, weiter. Im nächsten Augenblick stürzten sich die Schupo Gardisten mit geschwungenem Gummiknüppel auf die Arbeiter und begannen wie die Irrsinnigen auf sie einzuschlagen. Sie schlugen auf Männer, alte und junge, sie schlugen auf Frauen, sie schlugen auf Mädchen, auf die letzteren mit Vorliebe. Eine Arbeiterin brach blutend zusammen und mußte weggeschafft werden. Ein Arbeiter wurde so mißhandelt, daß er nahezu die Besinnung verlor. Die Schlägereien setzten sich in der Turmstraße in der Umgegend der Stromstraße fort. Die Schupo Gardisten prügelten, wo immer sie prügeln konnten. Sie prügelten auf Passanten, sie prügelten auf eine alte, an der Demonstration völlig unbeteiligte Frau ein, die noch viele Minuten später in einer Seitenstraße zitternd und von einem Weinkampf befallen, stöhnte. Ein Jungarbeiter, der einen Ruf (!) ausgestoßen hatte, wird festgenommen und zum Ueberfallauto geschleift. Er erhält dauernd Schläge mit dem Gummiknüppel. Man schmeißt ihn wie ein Paket auf den Wagen, versetzt ihm dort einen Stoß, daß er krachend durch die ganze Länge des Autos zu Boden fliegt. Mißhandlung von Gefangenen gilt seit jeher als das verächtlichste aller Verbrechen. Die Zörgiebel-Polizei macht sich dieses Vergehens auf der ganzen Linie schuldig.

Die Prügelei geht weiter. Ein Mann wird mit Gummiknüppeln „behandelt“, der Hut fliegt ihm vom Kopf, dann packt man ihn und schleppt ihn zum Ueberfallauto. Der Hut liegt am Boden. Ein Schupo hebt ihn auf und wirft ihn in weitem Bogen auf den Straßendamm. Ein Passant hebt den Hut auf, wendet sich an den Offizier, einen Major, und ersucht um Feststellung des Beamten, der sich strafbar gemacht hat. Der Schupooffizier erklärt das für unmöglich.

Das ist nur eine kleine und belanglose Szene, aber sie ist charakteristisch für das, was sich dann später im Laufe des 1. Mai aus den Methoden der Zörgiebel'schen Ordnungsbestien entwickelte. Denn alle diese Mißhandlungen, diese polizeilichen Eigentumsvergehen — alles geschah ja schon in den frühen Vormittagsstunden, ehe es irgendwo zu einem aktiven Widerstand der unbewaffneten und friedlichen Demonstranten kam.

Die Berliner Arbeiter demonstrieren

Was wir hier von einem Berliner Bezirk schildern, trifft auch auf alle übrigen Bezirke im gleichen Maße zu. Ueberall ein geradezu bestialisches Wüten der Polizei. Ueberall trotz allen Polizeiterrors stets von neuem Demonstrationen, die sich zusammenballen, die auseinandergeschlagen werden, die erneut zu marschieren beginnen und die sich allmählich, bald in loser Demonstration auf den Bürgersteigen, bald in geschlossenen Zügen, diszipliniert und Klassenbewußt, dem Innern der Stadt, den zentralen Demonstrationspunkten zu bewegen. Es würde im Rahmen dieser Darstellung zu weit führen, die Vorgänge in den einzelnen Bezirken Berlins detailliert zu schildern. Wir müssen uns damit begnügen, die zwei Fakten festzustellen, die

im Wedding wie in Neukölln, in Lichtenberg wie in Schöneberg oder im Innern der Stadt selbst übereinstimmen:

Hohe, sabditisch prügelnbe Schupo auf der einen Seite, Klassenbewußte, unbeirrbar, immer von neuem demonstrierende Arbeitermassen auf der anderen Seite.

Am Alexanderplatz und am Potsdamer Platz vereinigen sich nachmittags die Massen. Die Straßen sind schwarz von den proletarischen Demonstranten, Männer, Frauen, Jugend, die alle, alle dem Rufe der Kommunistischen Partei Folge geleistet haben. Hunderttausende halten die Straßen besetzt. Tausende Zehntausenden gelingt es, sich zu den zentralen Demonstrationspunkten durchzuschlagen und dort zusammenzuballen. Gleichzeitig aber strömen in den Außenbezirken immer von neuem Tausende zusammen, marschieren, singen die Kampflieder des Proletariats, demonstrieren für die Ziele der Arbeiterklasse. Selbst die „Kriegsberichte“ des amtlichen Wolffschen Telegraphenbüros und der bürgerlichen Presse müssen uneingeschränkt bestätigen, daß die Berliner Arbeitererschaft ihr Wort wahr gemacht, daß sie am 1. Mai die Straßen erobert hat. Es bleibt dem berufsmäßigen, blutbesleckten Witzblatt unter den Berliner Tageszeitungen, dem „Vorwärts“, vorbehalten, zwei Tage später — sobald die „Rote Fahne“ verboten ist — von einer „Maieniederlage der SPD.“ zu schwärzen. Die Arbeiter Berlins werden für die traurigen Späße des Organs der Arbeitermörder nur verächtliche Geringe schätzung übrig haben.

In Wirklichkeit war es gerade die heroische Kampfdisziplin, die unbeirrbar Standhaftigkeit der Arbeitermassen, die dem 1. Mai trotz des Polizeiterrors sein Gesicht gab. Die Polizei wütete, schlug, spritzte aus Hydranten — die Masse blieb. Die Polizeifordons trieben die angesammelten Arbeiter und Arbeiterfrauen mit der Brutalität zaristischer Kosaken von irgendeinem Platz herunter, ritten zu Pferde in die Menge hinein — Minuten später stand die Masse von neuem, hielt von neuem die Straße besetzt. Der Heroismus der Berliner Arbeitererschaft feierte an diesem 1. Mai einen überwältigenden Triumph!

Abgeordnete und Journalisten werden geprügelt

Für das Treiben der Zögelschen „Ordnungshüter“ mögen einige Tatsachen angeführt werden, die mehr als charakteristisch sind. Nach der sogenannten Verfassung steht dem Abgeordneten ein besonderer Schutz zu. Wer sich an ihm vergreift, soll besonders hart bestraft werden. Am 1. Mai wurden zwei kommunistische Abgeordnete, Schulz, Neukölln, und Ende, unter Mißhandlungen verhaftet, obwohl — oder besser gesagt: weil sie sich als Abgeordnete auswiesen.

Der Landtagsabgeordnete Genosse Kasper wurde, trotzdem er sich auswies, am Potsdamer Platz von einer Horde Schupos mit Gummiknüppeln minutenlang bearbeitet, bis er fast die Bestattung verlor. Da Genosse Kasper durch seine Tätigkeit im Interesse der unteren und mittleren Beamten bei diesen sehr bekannt ist, erkannten einige Verkehrspolizisten vom Potsdamer Platz, wer das Opfer ihrer Gummiknüppel schwingenden Kameraden war. Sie drängten sich in den Knäuel der schlagenden Schupos, besetzten Kasper und führten ihn zur Seite.

Der Reichstagsabgeordnete Ende wurde, gleichfalls am Potsdamer Platz, „wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt“ verhaftet. Der „Widerstand“ bestand darin, daß er in einem Hauseingang bürgerliche Zeugen vernahm, die über die Mißhandlung eines jungen Mannes durch die Schupo empört waren. Dem Landtagsabgeordneten Schulz, Neufölln, wurde bei seiner Verhaftung seine Abgeordnetenkarte einfach entrißen.

Aber so erging es nicht nur den Abgeordneten der RPD. Genau so waren selbst bürgerliche und ausländische Journalisten dran. Das Polizeipräsidium hat für diese Journalisten eine besondere Legitimation geschaffen — ebenso für Pressephotographen; diese Legitimation ist jedem Polizeibeamten bekannt. Uns wird von einem bürgerlichen amerikanischen Journalisten mitgeteilt, daß allein von den ausländischen Journalisten in Berlin am 1. Mai nicht weniger als 17 trotz ihres Polizeiausweises schwer mißhandelt wurden.

Im „Berliner Tageblatt“ erzählt der Berichterstatter Georg Stein wie er am 1. Mai um 11 Uhr abends am Humboldtthain auf der Flucht vor der berittenen Polizei von den wütenden Beamten festgenommen wurde, weil er einen Photoapparat hatte. Obwohl er sich als Journalist legitimierte, mußte er mit zum Revier. Er forderte die Mitnahme eines Zeugen. Die Schupos antworteten: „Quatsch, heute gibt es keine Zeugen“. Er wurde mit Handschellen gefesselt, eine Parabellum-Pistole wurde ihm vorgehalten. So schleppte man ihn aufs Revier und steckte ihn in Haft. Er mußte bis zum 2. Mai früh bleiben und bekam so eine gelinde Vorstellung davon, mit welchen Wohlthaten die Demokratie Proletariat zu überschütten pflegt.

Eine kleine groteske Episode war es, daß am Alexanderplatz ein Mann in Windjacke von den Schupogardisten ungefähr fünf bis zehn Minuten lang wie irrsinnig mit dem Gummiknüppel über Kopf und Rücken geschlagen wurde und vergeblich versuchte, sie zum Einhalten zu bringen, von dem sich später herausstellte, daß er ein Polizeiangest. Wohl bekomms ihm.

Die Zörgiebel-Polizei mißhandelt Gefangene

Es ist mehr als charakteristisch, daß selbst in den Pressephotographien bürgerlicher Zeitungen dokumentarische Beweise für die Mißhandlung von Gefangenen durch die Schupo gegeben werden. Der Fall von Moabit, den wir weiter oben geschildert haben, läßt sich durch viele Hunderte anderer Beispiele ergänzen.

Wir verweisen auf ein Bild, das das bürgerliche „8-Uhr-Abendblatt“ am 2. Mai auf der ersten Seite wiedergab. Dieses Bild zeigt zwei Schupos, die einen Mann abführen, ihn an beiden Händen halten, während ein dritter Schupo von hinten mit dem Gummiknüppel auf den schreitenden Gefangenen einschlägt.

Das „12-Uhr-Mittagsblatt“, gleichfalls vom 2. Mai, brachte auch ein Bild, das die Abführung eines Gefangenen zeigt und setzte darüber die charakteristische Ueberschrift: „Ein Mißhandelter (1) wird abgeführt“.

Auf dem Alexanderplatz arbeitete im Laufe des 1. Mai die Polizei mit der Wasserpritze. Ein Mann geht ruhig über den Straßendamm; der völlig menschenleer ist. Die Schupo macht sich das Vergnügen, mit der Wasserpritze minutenlang auf ihn zu zielen und ihm mit dem Strahl zu folgen. Schließlich dreht sich der Mann um und ruft: „Nun ist's genug, ich bin schon naß“.

Schon stürzten sich zwei Schupos auf ihn, kugeln ihm den Arm aus und schleppen ihn fort. Er leistet keine Gegenwehr, sondern geht mit. Plötzlich eilt ein anderer Schupo von hinten heran und schlägt dem wehrlosen und ahnungslosen Gefangenen den Gummiknüppel über den Schädel. Der Gefangene sackt besinnungslos in sich zusammen. Auch für diese Szene sind Zeugen in Masse vorhanden.

Auf dem Polizeipräsidium gegen Abend des 1. Mai. Der kommunistische Landtagsabgeordnete Gohle wird zufällig Zeuge, wie ein Haufen eingelieferter Frauen und Mädchen „abgefertigt“ werden soll. Die Mädchen werden von einzelnen Beamten mit den unflätigsten Schimpfworten belegt. Ein Arbeitermädchel zeigt ihre zerfägungen Schultern. Sie ist offenbar bis zum Rücken braun und blau und völlig verschollen. Die Beamten des Polizeipräsidiums lassen es nicht zu, daß der kommunistische Abgeordnete diesen Tatbestand feststellt.

Wir könnten viele Seiten lang Beispiele für die Gefangenenmißhandlungen im Bereiche Jörgiebels anführen. Wir begnügen uns mit der vorstehenden Auslese. Sie mag für sich sprechen. Nur einen Fall, der sich am 3. Mai abspielte, wollen wir noch verzeichnen, weil er in besonders aufreizender Form zeigt, welche bestialischen Methoden im Machtbereich des Sozialdemokraten Jörgiebel möglich sind.

Ein Arbeiter, der ungefähr ein bis zwei Wochen vor dem 1. Mai von Berlin zu seinen Eltern nach Oberschlesien auf Besuch gefahren war, kehrte am 3. Mai gegen Mittag nach Berlin zurück. Er wollte in die Anesebedstraße in Neukölln, wurde auch auf Grund eines Ausweises von einem Polizeioffizier in das inzwischen seitens der Jörgiebel-Schupo festgelegte Sperrgebiet hineingelassen. Einige Stragen weiter verhaftete man ihn jedoch und zwang ihn, die Hände über den Kopf zusammengenommen, auf das Lastauto der Schupo zu steigen. Ein Schupogardist schnauzte ihn an:

„Lache nicht so dämlich, du Hund, denn deine Presse ist schon dämlich genug.“

Auf der Selahower Wache, wo er hintransportiert wurde, brüllte ihn der wachthabende Offizier an:

„Geh weg, du Strolch, sonst schiesse ich dir eine Kugel durch den Balg!“

Der Verhaftete hatte nämlich die Kühnheit gehabt, sich bei dem Offizier beschweren zu wollen. Im Hausflur der Wache wurde er bereits von den Schupos mit Gummiknüppeln geschlagen, bis er blaue, dicke Schwellungen hatte. Im Wachzimmer selbst warf ihn ein Oberwachtmeister über den Tisch und er bekam von neuem den Gummiknüppel zu spüren. Als er abends um Essen bat, erklärte ein Offizier: „Hast du Hund noch nicht genug zu fressen bekommen, dann kannst du gleich noch mehr kriegen!“, worauf er wieder geschlagen wurde. Am nächsten Tage, d. h. am Sonnabend, den 4. Mai, wurde er nach dem Alexanderplatz gebracht, wo er mit der Erklärung: „Es liegt ja gar kein Grund vor, den Mann weiter in Haft zu halten“, auf freien Fuß gesetzt wurde. — Kommentar überflüssig.

Der erste Tote

Am Alexanderplatz spielt sich folgende Szene ab. Zwei Autos der Polizei rasen heran. In einem Tempo, das jeden zivilen Chauffeur seinen Führer-

schein kosten würde. Das vordere Auto ist ein Personenwagen und trägt die Nummer I A 006090. Dahinter folgt ein Ueberfallauto. Die Wagen fahren in ihrem rasenden Tempo ganz dicht am Bürgersteig, so dicht, daß ein dort stehender Passant, namens Otto Querner aus der Straßunder Straße 69, von der Bordschwelle heruntergerissen und überfahren wird. Sein Kopf ist eine blutige Masse. Ein Hinterrad ist ihm über den Leib gegangen. Er liegt in einer Blutlache. Vom weiterfahrenden Auto höhnen die Bürgerkriegsgardisten. Keiner auf den Autos der Polizei denkt daran, anzuhalten, dem Schwerverwundeten Hilfe zu leisten. Sie haben Wichtigeres zu tun: sie müssen demonstrierende Arbeiterfrauen und Arbeiter niederschlagen.

Ein Polizeioffizier nähert sich dem Verblutenden. Er bückt sich nicht. Er hilft ihm nicht. Er ruft nicht Hilfe herbei. Er nimmt den Fuß. Er stößt mit dem Fuß den Sterbenden, der auf den Damm heruntergerissen wurde. Er schiebt ihn mit dem Fuß an den Stein heran.

Er will nicht helfen. Er will nur „das Verkehrshindernis beseitigen“, damit die folgenden Ueberfallautos der Polizei bessere Durchfahrt haben.

Der Ueberfahrene, Otto Querner, kann sich nicht mehr „beschweren“. Er liegt schon am Abend des 1. Mai tot im Reichenschanhaus.

Und der Offizier? Der bleibt Polizeioffizier in Berlin, darf weiter gegen Proleten wüten. Jörgiebel will es so.

Diese Geschichte hat noch eine kleine besondere Bewandnis. Denn es ist der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgiebel, der in eigener Person in diesem Zusammenhang eine Rolle spielt.

**Das Auto, das Otto Querner von der Bordschwelle mit dem
Reisenschuß herunterriß, war nämlich das Auto des Polizei-
präsidenten.**

Wir wissen nicht, ob Jörgiebel darin saß, wir wissen nur: ihn allein trifft die Verantwortung für die Rohheiten seiner Offiziere und Bürgerkriegsgardisten, deren Chef er ist, die er erzogen und auf die Arbeiter gedrillt hat.

Schießereien in ganz Berlin

Der Gummiknüppel ist gut, um sadistische Leidenschaften an unbewaffneten Demonstranten auszutoben. Aber auf die Dauer befriedigt er die brutalen Triebe der sorgfältig für den Bürgerkrieg gedrückten Hüter der Ordnung nicht. Das Schießessen mußte in Funktion treten. Und so wurde denn von der schwerbewaffneten Polizei in ganz Berlin auf die unbewaffneten friedlichen Demonstranten geschossen. Geschossen wurde am Hackeschen Markt. Ergebnis vier schwerverwundete Arbeiter, von denen einer wenig später starb. Geschossen wurde am Senefelder Platz. Ein Arbeiter bekommt einen schweren Armschuß von den Schupabestien des Autos IA 34 022. Grund: Er hatte gewagt, den Mund aufzutun und zu rufen: „Nieder mit der Jörgiebel-Diktatur!“ An dieser Stelle instruierte nach erfolgter Schießerei der Polizeileutnant seine Beamten: „Die Demonstranten haben uns mit Steinen geschmissen, da haben wir in der Notwehr geschossen.“ Das war nicht mehr und nicht weniger als die Berlektung zu falschen Zeugenaussagen, falls es zu einer Untersuchung kommen würde. Geschossen wurde am Bülowplatz, gegenüber dem Karl-Liebknecht-Haus. Hier hatten sich riesige Massen versammelt, rote Fahnen wurden entrollt und der Gesang der Internationale erkoll. Die Schupo, die den Platz schon mittags gegen 12 Uhr abgekämmt hatte, zog ungeheure

Verstärkungen zusammen (8 Weberfallautos und mehrere Abteilungen berrittener Polizei).

Gegen das Karl-Liebknecht-Haus wurde eine Reihe von Schüssen abgefeuert. Unter anderem versuchte man die im Hause befindliche Telephonistin, die auf Grund der ungeheuerlichen Polizeiprovokationen aus einem Fenster im 4. Stock einen empörten Zuruf machte, abzuschießen.

Jörgiebel's Kojaken führten auf solche Art die Todesstrafe für das geringste oppositionelle Wort gegen den Polizeiterror ein.

Im Nebenhaus des Karl-Liebknecht-Hauses, Kleine Alexanderstraße 27, zeigten sich an einem Fenster im 4. Stock zwei Kinder, auch gegen diese wurden Schüsse abgefeuert.

Abends begann sodann zwischen 8 und 9 Uhr die große Schieberei der Polizei am We d d i n g. In der Gerichtstraße fielen einige Schüsse, worauf drei Straßenpassanten niederstürzten. Kurz darauf stürzten Schupos unter dem Ruf „Straße frei!“ aus den Nebenstraßen hervor, traktierten die am Boden Liegenden mit Gummiknüppeln. Als die Schupos sich entfernt hatten, konnte festgestellt werden, daß die drei niedergefallenen Personen schwer verwundet waren. Jörgiebel's Schupo mißhandelte also sogar Verwundete.

Schüsse gegen eine Gewerkschaftsversammlung

Die Berliner Rohrleger, diese Branche des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die seit jeher geschlossen zur revolutionären Opposition steht und deren Vorsitzender, Genosse N i e d e r k i r c h n e r, wegen des Vertrauens, das er bei seinen Kollegen genießt und wegen der Verdienste, die er in jahrelanger Arbeit für den DMB. errungen hat, von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie aus dem Verband ausgeschlossen wurde, hielten am 1. Mai, vormittags, eine Matinee in Kieems Festhöl in Neutölln ab. Nahezu geschlossen waren fast alle Mitglieder der Branche erschienen. Mehr als 3000 Besucher füllten den Saal. Beim Schluß der Versammlung brach plötzlich die Schupo, die offenbar von den reformistischen Gewerkschaftsführern gegen diese Gewerkschaftsversammlung eigens aufgehetzt war, in den geschlossenen Versammlungssaal ein und feuerte rücksichtslos unter die Anwesenden. Der Rohrleger D h m a n n wurde von einem Kniegeschuß getroffen und brach zusammen, der alte Rohrleger R ö d e l, der am Schanztisch mit seiner Familie mit einem Glase Bier saß, erhielt einen schweren Armschuß.

Als der Genosse Niederkirchner sich im Gastraum neben dem Saal die Namen der Verletzten notierte, drangen eine Anzahl Polizeibeamte mit vorgehaltenem Revolver ein. Obwohl nur 5 Leute im Zimmer waren, hieß die Schupo mit dem Ruf: „Heraus, oder wir schießen!“ sofort auf die Anwesenden ein.

Die Polizeibesialitäten vermochten nicht zu verhindern, daß draußen auf der Straße die Rohrleger sich zur Demonstration formierten und nach dem Innern der Stadt zogen. Auch hier wurde von der Schupo erneut geschossen.

So hat es Jörgiebel, der sozialdemokratische Polizeipräsident, zu dem glorreichen Erfolg gebracht, daß seine bewaffneten Polizeigarden ein Blutbad unter einer im geschlossenen Saal tagenden Gewerkschaftsversammlung anrichteten. Das ist jener Jörgiebel, von dem die Mörderpartei am 2. Mai in einem Aufruf ihres Parteivorstandes zu sagen wagt: „Jörgiebel, ein Mann

aus der Arbeiterklasse und seit Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung tätig". Wir enthalten uns jedes Kommentars.

Die Blutschuld

Wir haben mit vollem Bewußtsein einigermaßen ausführlich die Dinge geschildert, die sich in Berlin am 1. Mai während des Tages ereigneten, ob- schon das eigentliche Morden der Jörgiebel-Banden erst gegen Abend und an den weiteren Tagen in vollendeter Grausamkeit einsetzte. Aber um die ganze Größe des sozialdemokratisch-jörgiebelschen Verbrechens an der Berliner Arbeiter-schaft zu ermessen, ist es notwendig, ein ungetrübtcs Bild davon zu bekommen,

wie sich systematisch seitens der zum Morden, Peinigen, Miß- handeln gedrückten Bürgerkriegssozialisten unter der Füh- rung Jörgiebels jenes Blutbad unter der Berliner Ar- beiter-schaft entwickelte, das im Laufe der ersten Mittage viele Hunderte von Toten oder schwerverwundeten Opfern forberte, und das noch zehnfach fürchtbarer geworden wäre, hätte nicht die Aktivität und das Klassenbewußtsein der Berliner Arbeiter ebenso wie die zielbewußte politische Führung durch die Kommunistische Partei den provo- katorisch-Blutrünstigen Plänen eines Jörgiebel und der SPD. eine Grenze gesetzt.

Sozialdemokratie und Bourgeoisie versuchen mit dem alten Schwindel vom „kommunistischen Rutsch“ die Blutschuld, die sie auf sich geladen haben, zu vertuschen. Die Kommunistische Partei dachte jedoch in Wirklichkeit nicht daran, sich von der Bourgeoisie, der Sozialdemokratie und ihrem Jörgiebel in einen bewaffneten Aufrstand hineinmandrieren zu lassen, der noch nicht zum Siege, wohl aber zu einer Schwächung der revolutionären Kräfte vor der Stunde der Entscheidung führen müßte. Die Kommunistische Partei hat darum nicht umsonst den Kampf der Berliner Arbeiter um das Recht auf die Straße auch in diesem 1. Mai als einen Kampf mit den Mitteln der unbewaffneten Demonstration durchgeführt.

Der Sozialdemokrat Jörgiebel war es, der mit allem Aufgebot der bestialischen Ausschreitungen seiner Bürgerkriegsgarden den Versuch machte, bei dieser Gelegenheit den Vorwand für ein unge- heures Blutbad unter den Berliner Arbeitern zu schaffen!

Die Arbeiter bauen Barrikaden

In keinem einzigen Fall am ganzen 1. Mai wurde die Schupo von den Arbeitern angegriffen. Überall zeigt sich das gleiche Bild: Brutale Aus- schreitungen und Überfälle der Schupo auf die proletarischen Massen. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Arbeiter schließlich nicht mehr gewillt waren, wehrlos die Mißhandlungen und Brutalitäten der Jörgiebel-Banden

zu ertragen. Die Arbeiter begannen sich zu verteidigen, begannen Barrikaden zu bauen. Nicht Barrikaden im Sinne des Aufstandes, nicht Barrikaden, die als Stützpunkte für bewaffnete Aktionen gegen die Organe des kapitalistischen Staates dienen.

Barrikaden vielmehr, die einen notdürftigen Schutz gegen die bestialischen Angriffe der Schupo bilden sollten.

Auf diese Art entstanden die rasch und spontan zusammengetragenen Barrikaden am Bülowplatz im Laufe des 1. Mai. Ähnlich war es, gleichfalls gegen Mittag des 1. Mai, auf der Friedenstraße in der Nähe des Friedriehshains. Hier errichteten die Arbeiter Barrikaden aus allem Material, das ihnen zur Verfügung stand. Holz, Steine und Erde wurden herbeigeht und aufgeschichtet. Die Schupo beseitigte die Barrikaden mehrfach, die jedoch immer von neuem von der Masse zusammengetragen wurden. In allen diesen Fällen handelte es sich in erster Linie darum, durch die Barrikaden die plötzlichen Ueberfälle der Schupo mit Hilfe ihrer Ueberfallautos zu verhindern. Tatsächlich fuhr dann auch ein Polizeiauto in der Friedenstraße in eine Barrikade hinein und brach die Masse. Zu einer bewaffneten Verteidigung dieser Barrikade kam es nicht.

Die Barrikadenkämpfe im Wedding und in Neukölln

Mit dem Anbruch der Dunkelheit steigerte sich die Brutalität in dem Wüten der Schupo gegen die Arbeiter. Der ganze Wedding war schwarz von Menschen, die zu Zehntausenden auf den Straßen und Plätzen ihren Kampfwillen zum Ausdruck brachten. Die Schupo jagte auf ihren Ueberfallautos umher und mißhandelte Frauen und Männer. Schüsse knallten, hier und da wurden Arbeiter getroffen; es ereignete sich sogar jener grauenhafte Vorgang der Mißhandlung von Schwerverwundeten in der Gerichtstraße, über den wir schon berichteten. Das System der Förgiebel-Schupo, Zurufe mit der Todesstrafe aus eigener Machtvollkommenheit der einzelnen Polizeibestien zu ahnden — diese neueste und grandioseste Errungenschaft der demokratischen Republik, in der gerade im Reichstag „die Todesstrafe abgeschafft“ werden soll, wurde nunmehr zur Regel. So kam es zu dem

Blutbad in der Kößliner Straße,

zur Erschießung des Sozialdemokraten Gemeinhardt durch die Mordgardisten seines Parteifreundes Förgiebel, und — als Antwort der Proletarier — zu jenem Barrikadenbau, der das Signal für das neue, noch vielfach ungeheuerlichere Wüten der Förgiebelschen Polizeisoldateska gab. Am nächsten Tage berichtet das Organ der Polizeisozialisten, der „Vorwärts“:

„Zu sehr schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Kommunisten ist es auf dem Wedding in der Umgebung der Kößliner, Pant- und Weddingstraße gekommen. Am Nachmittag kam es bereits zu einem heftigen Feuerüberfall auf Polizeibeamte, die beim Räumen der Straße aus Fenstern und Bodenluken beschossen wurden. In den späten Abendstunden errichteten die Demonstranten dort plötzlich in kurzer Zeit mächtige Barrikaden und es entspann sich eine regelrechte Straßenschlacht, bei der auch ein Panzerwagen eingesetzt werden mußte. Der Feuerkampf, bei dem

es Lote und Verwundete auf beiden (!) Seiten gab, dauerte mehrere Stunden. Für die Polizei war die Angriffsaktion infolgedessen besonders schwierig, weil sie in den völlig im Dunkeln liegenden Straßenzügen — die Gaslaternen waren sämtlich zerstört worden — nur Schritt für Schritt vorgehen konnte, während aus den Barrikaden, aus Fenstern, Bodenluken und von Dächern unaufhörlich Salve auf Salve krachte.“

Soweit des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten offiziöser Bericht. Das SPD-Zentralorgan fügt noch einen weiteren „Augenzeugenbericht“ eigener Darstellung hinzu, in dem es heißt:

„Auf ein Kommando stürzten aus den umliegenden Häusern etwa 150 Kommunisten, die Arbeitswagen, fahrbare Umkleekabinen, Gasrohre, Steine und Balken zusammenholten und eine fast zwei Meter hohe Barrikade über die ganze Straßenbreite errichtete. Das Vorhaben war so gut vorbereitet, daß die Polizei, die knapp zehn Minuten später anrückte, mit wahren Salven empfangen wurde. Hinter der Barrikade hatten etwa 100 Kommunisten Aufstellung genommen, die aus Armeepistolen und Gewehren ein wütendes Feuer eröffneten. Plötzlich krachten auch im Rücken der Beamten Schüsse. Kommunisten hatten die Dächer und Dächer besetzt, von wo aus sie unaufhörlich nach unten schossen. In kurzer Zeit wurden viele Hundert Schuß abgefeuert. Deutlich war der Feuerschein der Pistolen, mit denen die Aufreißer aus zahlreichen Bodenluken schossen, zu erkennen. . . . Polizeioberleutnant v. Branitz und mehrere Beamte sind durch Schüsse lebensgefährlich verletzt worden. . . . Um Mitternacht ging die Schießerei in der Kößliner Straße abermals los. Es wurde bekannt, daß sich in dem Saal eines Lokals, Weddingstraße 9, eine größere Zahl bis an die Zähne bewaffneter Kommunisten befänden. Die Schutzpolizei umzingelte das Gebäude und drang gegen die Aufreißer vor. . . . In der Kößliner Straße gibt es wenige Fenster, aus denen nicht geschossen wird. Das ist keine Ubertreibung, sondern bittere Tatsache. Man hört die Beamten: „Es ist kein angenehmes Gefühl, auf Volksgenossen schießen zu müssen, aber wir sind ja direkt in der Notwehr!“ . . . Geschossen wird besonders aus dem Hause Weddingstraße 9, in dem sich das Kommunistenlokal befindet.“

Und die Wahrheit?

So weit das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie und seine „Augenzeugenberichte“. Die Verlogenheit dieser Berichterstattung übertrumpft weit alles, was selbst in den schwärzesten Zeiten der Kriegsberichterstattung an Lügen fabriziert wurde.

Was sich in Wahrheit zugetragen hat und woraus der „Vorwärts“ und der Polizeibericht die obigen „Meldungen“ fabrizieren, das wollen wir nicht mit unseren eigenen Darstellungen belegen, sondern mit dem Bericht wohl des einzigen bürgerlichen Journalisten, der an jenem Abend tatsächlich am Wedding war, mit dem Bericht des Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“, dieses bedeutungsvollsten bürgerlich-demokratischen Blattes in Deutschland,

dem irgendwelche Sympathie für den Kommunismus schwerlich nachgesagt werden dürfte. Der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ schreibt in der Nummer 327 vom 3. Mai wörtlich folgendes:

„Zunächst einmal geben die zahllosen Einschüsse in den Häuserfronten in der Kösliner Straße deutlich zu erkennen, daß das Feuer hauptsächlich gegen die Fenster vom Erdgeschoss bis zum zweiten Stockwerk gerichtet worden ist, aber nur wenige Schüsse nach den Dächern abgegeben worden sind. Uebrigens sind die Dächer abgescrängt, und es erscheint kaum möglich, von den in der Mitte entlanggehenden Laufflächen oder aus den schrägen Bodenfenstern heraus in die schmale Straße hineinzuschießen. Das alles stimmt nicht recht zu der Darstellung, daß die Polizei in dieser Straße, vor allem von den Dächern herab unter Feuer genommen worden sei. Es ist richtig, daß auf die Polizei geschossen worden ist, aber nach übereinstimmenden Schilderungen, die uns von verschiedenen, voneinander unabhängigen Augenzeugen gegeben worden sind, haben damit die fürchterlichen Ereignisse nicht begonnen. Die Tragödie hat sich danach vielmehr folgendermaßen abgevolgt:

Als ein Polizeiaufgebot Ansammlungen in der Kösliner Straße zerstreute, wurden sie aus den Fenstern schwer beschimpft, es fielen Worte wie „Bluthunde“ usw. Nun forderten die Beamten mit gezogenen Pistole, so wird uns geschildert, die in den Fenstern liegenden Bewohner auf, die Fenster zu schließen. Das war gegen 2 Uhr nachmittags. Schon jetzt — wir folgen weiter der uns gegebenen Darstellung — schon die Polizei, wenn ihrer Aufforderung nicht Folge geleistet wurde. Jedenfalls ist um diese Zeit, einige Minuten nach 2 Uhr, das erste Opfer gefallen, der Unbeteiligte, von dem einer der amtlichen Berichte spricht; aber er fiel nicht durch einen verirrten Geschoss, wie es in diesem Bericht heißt, sondern durch einen gezielten Schuß aus einer Dienstpistole, weil er nach mehrmaliger Aufforderung das Fenster nicht schloß. Das bekundet sein Nachbar, der ihm dringend geraten hatte, doch vom Fenster wegzugehen. Er tat das nicht, weil er als Sozialdemokrat und Reichsbannermann keinen Anlaß dazu fühlte. Der tödliche Schuß, der ihn mitten durch die Stirn traf, wurde abgegeben, als er gegen die beiden Beamten, die ihn zum Schließen des Fensters aufgefordert hatten, eine beschwichtigende Handbewegung machte. Jetzt erst errichteten junge Burschen durch zwei umgestürzte Wagen die bewußte Barrikade, und jetzt erst nach diesem Vorkommnis setzte — ausgehend wahrscheinlich von dem Vokal der Roten Frontkämpfer in der Weddingstraße an der Stirnseite der Kösliner Straße — Feuer gegen die Polizei ein. Die Polizei erwiderte das Feuer hauptsächlich gegen geöffnete und erleuchtete Fenster, auch nachdem sie geschlossen waren, ká mten aber auch ohne besonderes Ziel, wie die Einschusspuren zeigen, glatt die Häuserfronten ab. Nun gab es die anderen drei Toten. Einer von ihnen ist ein 48 Jahre alter Invalid Albert Seida, mit einer Beinprothese, der durch die geschlossene Haustür

einen schweren Bauchschuß erhielt, als er sich etwas Bier holen wollte. Er starb bald darauf. Auch er wurde ebenso wenig, wie das erste unschuldige Opfer, durch ein verirrtes Geschöß getroffen, sondern durch einen gezielten Schuß, nachdem er, in der Haustür stehend, sich ängstlich geweigert hatte, auf die Aufforderung eines Polizeibeamten herauszukommen. Auch für dieses Vorgehen sind in demselben Hause Zeugen vorhanden."

Der Lügen-„Vorwärts“ am Pranger

Dieser Bericht der „Frankfurter Zeitung“ ist vom ersten bis zum letzten Wort die furchtbarste Anklage gegen die Lügen des „Vorwärts“ und der Polizei. Wir wollen einmal kurz die einzelnen Punkte festhalten.

Die „Frankfurter Zeitung“ liefert den Beweis, daß die Schießerei in der Köstliner Straße keineswegs mit irgendwelchen Angriffen auf die Schupo begonnen hat, sondern dadurch, daß die Schupo in die Fenster der Wohnungen und auf die dort sichtbaren Personen feuerte. Bei dieser Schießerei fiel als erstes Opfer der Sozialdemokrat Gemeinhard, nicht, wie der Polizeibericht jagte, durch ein verirrtes Geschöß, sondern durch eine wohlgezielte Kugel, weil er „als Sozialdemokrat und Reichsbannermann keinen Anlaß dazu fühlte“, sein Fenster zu schließen. Der „Vorwärts“ macht daraus einen „Feuerüberfall der Kommunisten auf die Polizei“.

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet weiter, wie als Antwort auf das Morben der Schupo Barrikaden errichtet und nunmehr auch einige Schüsse auf die Schupo abgegeben worden seien. Aber keine Schüsse von den Bodenlufen oder Dächern, weil dies überhaupt technisch unmöglich ist. Das hindert den „Augenzeugen“ des „Vorwärts“ nicht, zu berichten, daß die Kommunisten „Böden und Dächer besetzt“ hätten, „von wo aus sie unaufhörlich nach unten schossen“. Der „Berichterstatter“ des „Vorwärts“ hat sogar den „Feuerschein der Pistolen“ in den Bodenlufen gesehen und viele hundert Schüsse auf die arme Polizei feststellen können.

Aber der „Vorwärts“ hat noch eine weitere kolossale Errungenschaft: „Etwa hundert Kommunisten mit Armee-Pistolen und Gewehren.“ Offensichtlich muß die halbe Rote Armee heimlich in Deutschland eingewandert sein. Und im weiteren Verlauf der Nacht beobachtet der „Augenzeuge“ des „Vorwärts“ sogar erneut „bis an die Zähne bewaffnete“ Kommunisten.

Er schreibt es am 2. Mai. Jörgiebel läßt das ganze Gebiet bekanntlich umstellen und, Wohnung für Wohnung, darin haussuchen. Die Armeepistolen und Gewehre sowie jene Waffen, mit denen sich die Kommunisten des „Vorwärts“ „bis an die Zähne“ ausgerüstet hatten, mußten also gefunden werden.

Wie war es in Wirklichkeit? Wir lassen wiederum eine bürgerliche Zeitung, das „Berliner Tageblatt“, sprechen:

„Viele werden aus den Häusern geholt, untersucht, festgehalten. Waffen? Ich sah keine, wenn nicht Federmesser Dolche sind. So geht es Block um Block. Durchsuchung und blindwütige Schießerei. Verprügelung der Hausbewohner, die von der Arbeit kommen. Panzerautos rumpeln pfeifend die Straße hinab. Überall knallt es. Immer neue Lastautos bringen frische Mannschaften, neuen Einsatz zum Kampf gegen einen unsichtbaren Feind. Einer hat in der Wohnung sogar eine „Waffe“ gefunden: ein ver-

rostetes französisches Seitengewehr mit ver-
nickeltem Griff. Wahrscheinlich Kriegsandenken. Von
der Wand herunter beschlagnahmt. Man kann nie
wissen . . .“

Diese Proben mögen genügen, um eindeutig zu beweisen, mit welchen
verlogenen Heßberichten der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgiebel
seine Verbrechen zu beschönigen versuchte und mit welchem Grade skrupel-
losster Verlogenheit der „Vorwärts“ die Heße der Mörder mitmachte.

Das System der Metzerei

Ganz ähnlich wie im Wedding vollzogen sich die Ereignisse in Neukölln.
Hier hatten schon am Vormittag die Bürgerkriegsgarden Jörgiebels den
blutigen Ueberfall auf die in Kliems Festkälern tagende **Hohleleger-Veramm-
lung** durchgeführt, wobei selbst das „Berliner Tageblatt“ berichtete: „Mög-
lich erschien eine Schupomannschaft und eilte nach Kliems Festkälern, um die
Versammlung aufzulösen. Diese Schupomannschaft war sehr erregt . . . Raun
war die Schupomannschaft in den Kliemschen Festkälern, als auch schon eine
wilde Schießerei begann. Etwa 20 Revolverkugeln fielen.“

In den Abendstunden, als die Massen der proletarischen Bevölkerung des
roten Neukölln die Straßen wiederum allenthalben besetzt hatten, griff die
Jörgiebel-Schupo mit dem Aufgebot aller militärischen Methoden an. Die
Ueberfallautos der Polizei jagten durch die Straßen und feuerten auf die
Passanten, ein Panzerwagen wurde eingesetzt, Rettungswagen waren gleich-
falls von vornherein zur Stelle, um Tote oder Verwundete abzutrans-
portieren.

Das Gemetzel, das hier einsetzte, löste in den Massen der arbeitenden
Bevölkerung des roten Neukölln eine so ungeheure Empörung aus, daß auch
hier die Arbeiterschaft alsbald dazu überging,

Barrikaden gegen die blutrünstigen Angreifer zu errichten.

Zörgiebel will das Blutvergießen nicht abkürzen

Schon im Laufe des Tages hatten sich am 1. Mai die kommunistischen
Abgeordnete **G o l k e** und **G e s c h k e** dem Polizeipräsidenten begeben, forder-
ten von ihm einen Beamten, der mit ihnen kommen und sich von der unge-
heuerlichen Brutalität der Schupoprovokationen überzeugen könnte. Jörgiebel
lehnte höhnisch ab. Es sei ja die Schuld der Kommunisten, wenn es zu
Zusammenstößen käme. Er wurde zurechtgewiesen, es wurde ihm vorgehalten,
daß ja im faschistischen Italien Mussolinis auch die dortigen Sozialdemo-
kraten trotz Verbots den 1. Mai feiern und daß die sozialdemokratische Inter-
nationale die Parole dazu ausgab. Selbst im Italien Mussolinis demon-
strieren am 1. Mai das Proletariat.

Der „Sozialist“ Jörgiebel antwortete trocken: „Bei uns nicht!“

Als nun abends die Schießereien der Schupo im Wedding eingesetzt
hatten, wandte sich der kommunistische Landtagsabgeordnete **Wenzel** an Jör-
giebel und forderte die Zurückziehung der Polizei, um ein weiteres Blut-
vergießen zu vermeiden. Jörgiebel lehnte brüsk ab. Gegen 10 Uhr abends

wandte sich die kommunistische Landtagsfraktion an den stellvertretenden Kommandeur der Schupo, Oberst Hellriegel, und forderte von ihm erneut die sofortige Zurückziehung der Schupo. Hellriegel antwortete, der Kommandeur Heimannsberg habe sich schon nach dem Wedding begeben, die Landtagsfraktion möge in 20 Minuten erneut anrufen. Nach Ablauf dieser zwanzig Minuten teilte Hellriegel der kommunistischen Landtagsfraktion mit, die Schupo sei zurückgezogen worden und es herrsche jetzt in der Kösliner Straße Ruhe. Es möge nun auch seitens der Kommunisten veranlaßt werden, daß ihrerseits Ruhe herrsche. Die Landtagsfraktion erwiderte, daß die Arbeiterschaft keinerlei Angriffe auf die Polizei unternommen, sondern lediglich das Recht, am 1. Mai zu demonstrieren, auch diesmal, wie seit vierzig Jahren, gewahrt habe.

Kurze Zeit, nachdem dieses Gespräch stattgefunden hatte, stellte sich heraus, daß die kommunistische Landtagsfraktion seitens der Schupo-Kommandantur irreführt worden war, daß in Wirklichkeit keine Zurückziehung der Schupo, sondern im Gegenteil die Verschärfung ihrer Angriffe erfolgt war. Das Telefongespräch, mit dem Oberst Hellriegel die kommunistische Landtagsfraktion belog, sollte offenbar nur zur Irreführung der Arbeiter dienen, um diese desto wehrloser abschlagen zu können. Wir werden später noch weitere Tatsachen festzustellen haben, aus denen sich ergibt, wie gern die republikanischen Behörden mit solchen Methoden der Beschwindelung der Arbeiterschaft arbeiten.

Eines steht jedenfalls fest: der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgiebel und nächst ihm auch die übrigen Kommandeure der Schupo schlugen die Möglichkeit, ein weiteres Blutvergießen zu vermeiden, brutal aus, legten es offensichtlich darauf an, das Gemetzel auszudehnen, möglichst viel Arbeiterblut zu vergießen.

Der Arbeitermord als Dauergewerbe

Die Barrikadenkämpfe, zu denen die Schupo des Herrn Jörgiebel die Arbeiter im Wedding und in Neukölln provoziert hatte, wurden mit immer neuen Provokationen tagelang in Gang gehalten. Tagelang arbeitete abends das ganze Aufgebot der modernsten Kriegstechnik: Panzerwagen, Maschinengewehre, Scheinwerfer, Gewehrgranaten und Karabiner, gegen die proletarische Bevölkerung. Beim Abschluß konnte der „Sozialdemokrat“ Jörgiebel mit der Befriedigung des echten Jägers die „Strecke“ überschauen:

23 Tote, weit über 300 Verwundete, unter denen sich zahlreiche Schwerverwundete befinden, von denen keineswegs feststeht, ob sie am Leben erhalten bleiben können.

Die Ermordeten haben fürchtbare „Verbrechen“ begangen. Wir hörten schon von jenem Sozialdemokraten Gemeinhard, der erschossen wurde, weil er sich einbildete, als Reichsbannermann in der deutschen Republik aus dem Fenster sehen zu dürfen. Wir hörten von jenem Invaliden, der mit dem Tode bestraft wurde, weil er, als Kriegstrüppel, in der Kösliner Straße nicht die Haustür zu öffnen wagte, obwohl die Schupo es befahl. Man streckte ihn zur Strafe mit einem Schuß durch die Tür nieder. Auch die anderen waren fürchtbare „Verbrecher“. Sie hatten Zusage gemacht oder sie waren aufrührerisch genug gewesen, auf die Balkons ihrer Wohnungen zu treten oder einholen zu gehen — so endeten mehrere Frauen —, oder aber zu arbeiten.

Der Kriegszustand wird verhängt

Aber Jörgiebel war noch nicht zufrieden. Er sann nach neuen Methoden zur Verschärfung des Polizeiterrors — und so kam der Erlass des Polizeipräsidenten, der den Belagerungszustand in verschärfte Form über die proletarischen Viertel im Wedding und Neukölln verhängte.

Den dortigen Bewohnern wurde verboten, in ihren Zimmern Licht zu brennen, ihre Häuser nach neun Uhr abends zu verlassen, die Fenster zu öffnen. Zuwiderhandlung gegen diese polizeilichen Vorschriften wurde erneut unter Todesstrafe gestellt.

Und tatsächlich genügte Jörgiebels neuer Schieferlass, der selbst die blutrünstigen Mordbefehle eines Moske in den Schatten stellte, um dem Tod abermals eine reiche Ernte zu sichern.

Mit welchen Mitteln hemmungslosester Blutgier, Schonungslosester Brutalität die Jörgiebel-Garden ihr Nordhandwerk betrieben, dafür soll erneut das Zeugnis eines bürgerlichen Blattes dienen. Im „Tempo“ des Illstein-Verlages vom Sonnabend, den 4. Mai, einem Blatt, das im allgemeinen über die besten Beziehungen zum Polizeipräsidenten verfügt, finden wir den folgenden Bericht:

„Wald war das gewohnte Bild eines friedlichen Stadtviertels wieder hergestellt, jetzt gab es keine Aufrührer mehr, die von Dächern und aus Fenstern schossen, niemand wagte es mehr, gegen die Polizei auch nur seine Stimme zu erheben.

Um 4.20 Uhr änderte sich dieses Bild wiederum. Vom Hermannplatz aus führen in scharfer Fahrt ein halbes Dutzend Lastkraftwagen der Schutzpolizei die Hermannstraße entlang. Die Beamten auf diesen Wagen trugen die entschärften Karabiner in der Hand, und auf ein kurzes Kommando des kommandierenden Offiziers: „Straße frei!“ erhoben die Beamten ihre Gewehre und schossen. Die Schüsse prallten an den Balkonen der Häuser ab, sie zerstreuten auf dem Straßenpflaster, die Muscherei der Frauen erlöschten, und abermals war die Hermannstraße in wenigen Sekunden menschenleer.“
Mit anderen Worten: die Polizei schießt grundlos, ohne auch nur den mindesten Vorwand zu haben; das Morde ist zum reinen Selbstzweck geworden.

Dokumentarische Beweise für das Wüten der Schupo

Ganz ähnlich, wie das „Tempo“, schildert das „Berliner Tageblatt“ am gleichen Sonnabend, den 4. Mai, die Neuköllner Schlächterei. Dort heißt es:

„In der Mainzer Straße ist plötzlich das friedliche Bild unterbrochen, zwei Panzerwagen, Bestungen auf Häusern, zeigen ihre unheimliche Saffabe, aus ihren Klümmen herans große Maschinengewehre die gefährlichen Schanzgen heraus. Wir halten einen Augenblick. Ein Schupowachmeister, der hier mit einem Kollegen postiert ist, rät unklug ab, weiterzufahren. Da — sein Arm zeigt unge nach vorn — würde vielleicht gleich geschossen werden. Geschossen? Warum denn? Wie unwahrscheinlich, es ist doch nichts. Wir haben kaum auf den Cashel gedrückt, so heißt schon ein Maschinengewehr los. Man weiß nicht wo, nicht weshalb, nicht mit welchem Ziel —

aber es knallt, man erinnert sich, wie leicht es fällt, wenn irgendwo geladene Schießinstrumente sind und Menschen den Finger am Abzug haben.

Wir hiegen rechts ab und halten wieder an einer Straßenecke. Wieder bellt die Maschine ein paar Takte lang. Im selben Augenblick hebt ein Wachtmeister, der hier Dienst tut, den Karabiner, schießt mit der Mündung an Balkonen und Fenstern entlang. Warum? Gegen wen? Wir setzen uns vergeblich die Augen aus.“

Jörgiebel und seine Polizeiberichte stoßen allmählich bei der gesamten Presse, mit Ausnahme der rechtsradikalen und — des „Vorwärts“, auf gewissen Widerspruch. Die bürgerliche Presse wagt es nicht, die Verantwortung für die Tüßen der offiziellen Polizeiberichte zu übernehmen. Die „Frankfurter Zeitung“ vom Sonnabend, den 4. Mai, schreibt:

„Wie wir uns selbst an Ort und Stelle überzeugen konnten, konnte im Verlauf der ganzen Aktion von Kampfhandlungen, wie sie in einigen Berliner Blättern geschildert werden, keine Rede sein. Die ganzen in Frage kommenden Straßenzüge lagen menschenleer da und irgendwelches Feuer von Dächern, von denen auch eine Korrespondenz spricht, hatte die Polizei nicht zu erwidern.“

Die „Aktion“, von der hier die Rede ist, und die seitens der Polizei nach den Feststellungen der bürgerlichen Presse vollkommen grundlos und aus reiner Mordgier unternommen wurde, kostete nur vier Menschen das Leben. Die Blutorgie Jörgiebels nimmt so krasse, so aufreizende Formen an, daß ein anderes bürgerliches Blatt, die „Berliner Volkszeitung“, ganz unverhüllt von der „öffentlichen Gefahr des blinden Willens der losgelassenen polizeilichen Kriegsmaschine“ zu sprechen beginnt. Dieses Blatt schreibt gleichfalls am Sonnabend, den 4. Mai, über Jörgiebels Kriegszustand:

„Namentlich die gestern nachmittag angeordneten „besonderen Maßnahmen“ des Polizeipräsidenten scheinen eine blinde Schlußfolgerung in der Polizei entfesselt zu haben, und dieses blinde Wüten der losgelassenen polizeilichen Kriegsmaschine ist — wir kommen um diese Feststellung leider nicht herum — zur öffentlichen Gefahr geworden. Wenn gestern und in der abgelaufenen Nacht in Neubrück, soweit zu übersehen ist, nur Unschuldige erschossen wurden, niemand aber von dem die Straßen raufischer machenden Gestübel, niemand auch von den Polizeibeamten, so muß man die Frage aufwerfen: Sühnt die Polizei (und wen?) oder sühnt sie nur?“

Die bürgerliche Presse, die nachlässig so sorgfältig von den Kopalmethoden Jörgiebels und seiner Horden abstrahiert, handelt nach allbewährtem Rezept. Dieselben Zeitungen, die zu Beginn am meisten gegen die Kommunisten gehet und geschrien haben, werfen sich plötzlich als Schützer der bedrängten Bevölkerung gegen die Untaten der Polizeihulden auf. Sie wollen sich reinwaschen, nachdem das Gefecht vorüber, der Mord begangen ist. Es ist eine bequeme, es ist eine traurige Methode. Die Arbeiterklasse wird sich durch die plötzlichen Schwärmungen der bürgerlichen Presse nicht betören lassen. Sie durchschaut, was dahinter steckt.

Aber das alles ändert nichts daran, daß die bürgerliche Presse, gerade weil sie selbst als unschuldig hinstellen möchte, dabei zugleich die Wahrheit über die Verbrechen der Jörgiebel-Garden anspricht. Und diese ihre Einverständnisse sind es, an die wir uns halten wollen!

Wo sind die „erschossenen“ Polizeibeamten?

Noch immer klammert sich der sozialdemokratische Polizeipräsident und Arbeitermörder an die Lüge von der angegriffenen Schupo, noch immer wagt die Sozialdemokratie von einer „Blutschuld der Kommunisten“ zu schwätzen, noch immer hegt der „Vorwärts“ und die rechtsradikale Presse gegen den „Kommunistenputz“.

Mit vollkommener Eindeutigkeit muß deshalb festgestellt werden, was die ganzen von uns zitierten Stimmen bürgerlicher Journalisten aus allen Zeitungstonzernen unwiderleglich beweisen:

Die Kämpfe begannen, weil die Schupo des Sozialdemokraten Jörgiebel ihre Mekelei unter den Arbeitern eröffnete und dadurch die Arbeiter zum aktiven Widerstand zwang. Die Kämpfe wurden künstlich verlängert und fortgeführt, weil der Blutdurst der Bürgerkriegsgarden Jörgiebels noch nicht gestillt war. Das Blutbad der Berliner Maitage von 1929 — es entsprang restlos der wohl vorbereiteten Provokation Jörgiebels und dem bestialischen Polizeiterrör seiner Schupogarden!

Wenn es dafür nach den vielen gewiß unerbächtigen Zeugnissen von Seiten der bürgerlichen Presse noch eines weiteren tatsächlichen Beweises bedürft hätte, so wurde dieser Beweis erbracht dadurch, wie sich die Opfer des Kampfes zwischen Arbeiterbevölkerung und Schupo verteilen. Durch längere Zeit versuchte Jörgiebel, die verlogenen Angaben der ersten Polizeiberichte und des „Vorwärts“ über die angeblich getöteten und schwer angeschossenen Schupos aufrechtzuerhalten. Am Montag, den 6. Mai, endlich rückt er mit der Wahrheit heraus:

ein einziger Polizist hat eine Schußwunde an der Hand erhalten? Und auch er hat sich selbst verletzt. Den ganzen 23 Ermordeten und etwa 300 bis 400 mehr oder minder schwer durch Schußverletzungen verwundeten Personen aus der proletarischen Bevölkerung steht ein ganzer Schupo gegenüber, der sich selbst durch einen Schuß an der Hand verletzte!

Diese geradezu ungeheuerliche Feststellung zerstört endgültig die Versuche des Schlächters Jörgiebel, sein blutrünstiges Handwerk zu entschuldigen oder zu beschönigen. Seine Blutschuld liegt offen zutage.

Dum-Dum-Geschosse gegen Arbeiter

Die Krönung des ganzen Jörgiebel-Terrors und seiner bestialischen Grzesse — das war die Verwendung einer Munition für die Menschenjagd, wie sie nicht einmal in den Kriegen der Imperialisten nach dem sogenannten „Völkerrecht“ verwandt werden darf.

Die Schupo des Sozialdemokraten Jörgiebel hat auf Berliner Arbeiter mit Dum-Dum-Munition geschossen.

Dum-Dum-Munition, denn die Scheidemunition aus weichem Bleimaterial, wie sie Jörgiebels Kopffüger von Neukölln verwandten, wird beim

Einschlag zu einem unförmigen Klumpen, der furchtbarste Zerreißungen im Körper anrichtet. Dum-Dum-Munition — denn die von der Jörgiebel-Schupo verlorenen Patronen wiesen zum Teil sogar die künstlichen Spuren der Dum-Dum-Munition auf: abgezwickte Spitzen, durch die das Geschloß im Körper des Getroffenen maßlose Zerreißungen hervorruft. Die ruchlosen Verbrechen der Jörgiebel'schen Bürgerkriegsgarden werden durch diese Tatsache der Verwendung von Dum-Dum-Geschossen gekrönt. Abschau und Entsetzen — das ist die einzige Antwort auf den weißen Terror der Polizei-sozialisten!

Zörgiebel handelt im Auftrage der Sozialdemokratie

Das Verbrechen Jörgiebels war nicht das Verbrechen eines einzelnen Mannes. So sehr gerade dieser Mann, der gleich Moskale den Typ des ehemaligen preußischen Feldwebels zu repräsentieren scheint, für seine Rolle als Bluthund alle notwendigen Eigenschaften mitbrachte, die skrupellose Brutalität, wie die dumpfe, hornierte Roheit, so wenig ist das Problem des vergossenen Arbeiterbluts dieser Berliner Maitage lediglich ein Problem Jörgiebel.

Es war die Sozialdemokratie, als deren Beauftragter und Exponent Jörgiebel seine Bürgerkriegsgarden auf die Arbeiter heftete. Es war die Sozialdemokratie, in deren Interesse und Auftrag Jörgiebel das Demonstrationsverbot am 1. Mai verhängte, die Schupogarden drückte und einbezogerte und schließlich das Blutbad entfesselte.

Die Sozialdemokratie, die schon vor dem 1. Mai nichts unversucht ließ, um diesen 1. Mai nach den Eingeständnissen eines SPD.-Blattes, die wir zitierten, zu einem „Tag der Toten“ zu machen.

Die Sozialdemokratie, die den Maiaufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der reformistischen Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, in ihrem Zentralorgan, dem „Vorwärts“, versärfachte, weil dieser Aufruf zu „Demonstrationen“ aufforderte, während der „Vorwärts“ dieses Wort in „Rundgebungen“ umlog.

Die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, die schon Monate vor dem 1. Mai mit Jörgiebel einig waren, das Demonstrationsverbot am 1. Mai durchzuführen, um zu verhindern, daß am 1. Mai die Massen des Berliner Proletariats unter den Fahnen der kommunistischen Partei marschierten und die vollständige Isolierung des Reformismus und der SPD. innerhalb der Arbeitermassen allzu deutlich zum Ausdruck käme.

Schreibt doch selbst die kommunistenfeindliche „Weltbühne“ unter dem Titel „Jörgiebel ist schuld“ folgende Sätze:

„Es ist tausend gegen eins zu wetten, daß sich die Kommunisten mit jedem nichtsozialistischen Volkzeitpräsidenten über die Abwicklung des schwierigen Tags verständigt hätten. Aber es ist mit noch größerer Sicherheit zu wetten, daß auf die Idee, den Maiauszug der Arbeiterschaft zu unterfangen, kein wilhelminischer Jagow, ja, kein noch so scharfmacherischer Statthalter Eugenbergs gekommen wäre. Einen durch jahrzehntelange Tradition fast sakral gewordenen Aufzug, eine letzte Erinnerung an die alte sozialistische Weltgemeinschaft kurzerhand zu verbieten, das bringt kein Bourgeois fertig, dazu gehört schon

einer jener wohlzuge schnittenen Parteifozia-
listen, deren Energie sich ausschließlich im Abbau der alten
sozialistisohen Werte und Riten betätigt. . . Als Sach-
walter des sozialdemokratischen Parteivor-
standes hat Herr Bözgiebel den Maizug ver-
boten, sachliche Motive hatte er nicht dafür. Weil in der
Lindenstraße und bei Herrn Leipart gefährdet wurde,
die Kommunisten könnten jetzt nach ihren Erfolgen bei
einigen Betriebsratswahlen glanzvoller aufziehen als
die Sozialdemokraten, deshalb mußte das Verbot
aufrechterhalten bleiben."

Das schreibt eine Zeitschrift, die der SPD. näher steht als den Kommu-
nisten!

Es war das lumpige Parteiinteresse der Sozial-
demokratie, das klägliche Verräterinteresse der
Reformisten, dem zuliebe Bözgiebel am 1. Mai den Ber-
liner Arbeitern die Demonstrationsfreiheit zu rauben versuchte!

Die SPD. wollte das Blutvergießen!

Die SPD., die diesen Plan ausheckte und billigte, wußte, daß sich die
Arbeiter nicht kampflös ihren 1. Mai rauben lassen, wußte, daß die Kommu-
nisten nicht vor einem Demonstrationsverbot am 1. Mai kapitulieren würden.

Es ist der „Vorwärts“ selber gewesen, der im Jahre 1908, als unter der
wihelminischen Herrschaft auch die Maidemonstration verboten und dennoch
durchgeführt worden war, folgende Sätze schrieb:

„Aus den Proletarierquartieren strömten die
Maffen zusammen. Nur, wo die Polizei nervös
wurde, kam es zu aufgeregten Szenen. An manchen Stellen
hieb der Polizeisäbel rücksichtslos drein. . . Trotz alledem:
Das Proletariat hat sich die Straße erobert
und es wird sich dieses Recht nicht wieder nehmen
lassen.“

Das schrieb der „Vorwärts“ vor 21 Jahren. Konnten die sozialdemokra-
tischen Führer von heute erwarten, daß die Kommunisten im Jahre 1929
schlechtere Revolutionäre sein würden als die Sozialdemokraten von 1908?
Nein: die Sozialdemokratie wußte, daß sich die Kommunisten nicht dem Diktat
Bözgiebels am 1. Mai beugen würden, daß die Arbeiter trotz des Verbots
demonstrieren würden.

Die SPD. wußte es und forderte trotzdem das Verbot, denn
die SPD. wollte das Blutvergießen!

Franz Künstler bestellt „200 Tote“

Es ist kein Zufall, daß schon vier Tage vor dem 1. Mai der „linke“ sozial-
demokratische Führer von Berlin, Franz Künstler, jenen Schwindel von der
KPD., die angeblich mit „200 Toten am 1. Mai“ gerechnet habe, kolportierte.
Herr Künstler behauptete auf dem Bezirksparteitag der SPD. Berlins vom
Sonntag, den 28. April, eine solche Aeußerung sei in einer Bezirksleitungs-
sitzung der KPD. am Donnerstag zuvor gefallen. Das Ganze war natürlich
ein reines Produkt der Künstlerschen Lügenphantasie.

In jener Woche hatte überhaupt keine Sitzung der kommunistischen Bezirksleitung stattgefunden.

Niemals war in irgendeiner Sitzung der kommunistischen Partei eine solche Äußerung von „200 Toten am 1. Mai“ gefallen. Herr Künstler wurde von der kommunistischen Presse gestellt. Er wagte es nicht, sich gegen den Vorwurf, er sei ein notorischer Schwindler, zu verteidigen. Aber was bedeutete gerade diese sozialdemokratische Hezklüge gegen die Kommunisten? Es kann ja kein Zufall sein, daß der Berliner SPD-Führer gerade einen Schwindel gegen die Kommunisten ausheckte, in dem von „200 Toten am 1. Mai“ die Rede war.

Nein, hinter diesem Einfall versteckt sich der ganze teuflische Plan des blutigen 1. Mai, wie ihn die Sozialdemokratie und ihr Zörgiebel im Auftrag der Bourgeoisie ausgedacht haben. Franz Künstler, der Vorsitzende der Berliner Sozialdemokratie, bestellte 200 Tote für den 1. Mai. Zörgiebel, der sozialdemokratische Polizeipräsident, gab sich alle Mühe, diese Tote zu liefern!

Die KPD. und der bewaffnete Aufstand

Die Kommunisten haben es nicht nötig, mit ihren Absichten und Plänen Versteck zu spielen. Die kommunistische Partei ist eine revolutionäre Partei und sie macht kein Hehl daraus, daß ihr Ziel der Umsturz der kapitalistischen Ordnung und die Errichtung der proletarischen Diktatur als Vorbedingung für den Sozialismus ist.

Aber die KPD. hat andererseits niemals einen Zweifel daran gelassen, daß die Durchführung der revolutionären Machtübernahme an gewisse Voraussetzungen in der geschichtlichen Situation gebunden ist, ohne deren Vorhandensein die revolutionäre Partei Selbstmord begehen würde, wenn sie zum Aufstand aufrufen wollte.

Wie steht es heute? Die Zeiten sind vorüber, in denen die Arbeiterbewegung nach der Niederlage des Jahres 1923 sich in einem Zustand der Lähmung oder gar des Rückzuges befand. Es geht wieder vorwärts. Die Voraussetzungen für einen neuen revolutionären Aufschwung reifen heran. Große geschichtliche Entscheidungen bereiten sich vor. Aber daß es am 1. Mai 1929 noch nicht soweit war, in Deutschland die proletarische Diktatur zu errichten, das war eine solche Selbstverständlichkeit, daß es unter dem deutschen Proletariat und in der kommunistischen Partei niemals einen Zweifel oder auch nur einen Augenblick des Schwankens gegeben hat.

Die kommunistische Partei wußte, was sie wollte, kannte die Pflicht zur nüchternen revolutionären Führung der Arbeitermassen, als sie für den 1. Mai zur unbewaffneten Demonstration aufrief.

Die kommunistische Partei wußte, was ihre revolutionäre Pflicht war, als sie noch nach dem Beginn der von Zörgiebel systematisch entfesselten Barrikadenkämpfe mit aller Klarheit in ihrem Massenflugblatt ansprach, daß die Stunde der bewaffneten Generalauseinandersetzung noch nicht gekommen ist, daß es die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie sind, die das Proletariat zu einem vorzeitigen bewaffneten Kampf provozieren wollen, um ein Gemetzel von gigantischem Ausmaß anrichten zu können. Die kommunistische Partei erfüllte vollkommen ihre Pflicht als Führerin des Proletariats, als sie in den blutigen Maitagen der Arbeiterklasse die Methode des Kampfes aufzeigte, die

dem geschichtlichen Augenblick und dem Reifegrad der revolutionären Entwicklung entsprach: die Waffe des Massenstreiks, nicht des Aufstandes!

War das eine Abgabe an die Barrikadenkämpfer vom Wedding und von Neukölln? Nein: auch nicht sekundenlang zögerte die Partei der proletarischen Revolution, den Arbeitern, die auf die bestialischen Verfolgungen der Polizei mit dem aktiven Widerstand, mit der Errichtung und Verteidigung von Barrikaden geantwortet hatten, die volle proletarische Solidarität zu beweisen, indem sie die Arbeiterschaft zum Massenstreik aufrief. Die revolutionären Arbeiter, die diesen Widerstand gegen Jörgiebels Terror durchführte, die mit umgestülzten Kandelabern, Bauhütten, Bohlen und Planken, Straßenlaternen, Steinen und Pfählen Barrikaden der Abwehr gegen den Polizeiterror der Sozialdemokratie errichteten — sie standen auf Vorposten für das ganze deutsche Proletariat. Ihr Kampf, ihr Heroismus war ein leuchtendes Beispiel für die proletarische Klasse, die nur im Kampf sich ihrer Feinde erwehren und den Weg zur Freiheit erringen kann.

Die Sprache der Tatsachen

Die Ereignisse, die sich in diesen blutigen Maitagen abspielten, liegen klar und unverkennbar vor dem deutschen Proletariat. Nicht die Arbeiterschaft, nicht die Kommunistische Partei war es, die in dieser Situation einen Angriff eröffnete:

Es war die bürgerliche Staatsgewalt, die die Arbeiterklasse überfiel, die die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Avantgarde, die Kommunistische Partei zum bewaffneten Kampf provozieren wollte, um so die Vorhut von der Waffe trennen, niederschlagen und mit brutaler blutiger Gewalt dezimieren zu können!

Es war die Sozialdemokratie, die sich in den Dienst dieser verbrecherischen Pläne der Bourgeoisie stellte, die das Blutbad organisierte und durchführte! Es waren die Koalitionsregierungen im Reich und Preußen unter der Führung sozialdemokratischer Minister, die das Verbrechen organisierten, billigten und förderten. Es war der sozialdemokratische Polizeipräsident mit seinen Gardes, der den Arbeitermord zur Ausführung brachte!

Proletarisches Blut sollte fließen. Proletarisches Blut ist geflossen. Die blutigen Maitage von Berlin — Bourgeoisie und Sozialdemokratie brauchten diesen Aderlaß des Proletariats, weil sie hofften, so den unaufhaltsamen Vormarsch der Kommunistischen Partei aufhalten, die revolutionären Organisationen zertrümmern und den Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Politik der Kriegsrüstungen, die Politik der verschärften kapitalistischen Ausbeutung, die Politik der imperialistischen Pläne und der trustkapitalistischen Tendenzen brechen zu können.

Die imperialistischen Hintergründe

Es ist nur die Selbstenttarnung der imperialistischen Hintergründe des Jörgiebel-Terrors, wenn — einen Tag nach dem 1. Mai schon — die gesamte bürgerlich-sozialdemokratische Presse in vollendeter Einheitsfront mit ihrer Heße gegen die Sowjetunion einschte. Sie decken ihre eigenen Karten auf, wenn sie ihr Geschrei über „Moskau“ anstimmen, wenn sie das ganze alte, ad-

geleitete Arsenal antisowjetischer Propaganda aus den ersten Jahren der Nachkriegszeit wieder auspacken.

Der Aberlaß am Berliner Proletariat, in dieser Hochburg des proletarischen Klassenkampfes, — er sollte den Widerstand der deutschen Arbeiter gegen die verbrecherischen Pläne des Trustkapitals und seiner Soziallakaien lähmen und zerschlagen.

Darum die Hählingen! Darum die Panzerwagen, Maschinengewehre, die Karabiner und Gewehrgranaten. Darum. Kriegszustand, Lichtverbot, zerschossene Häuser, erschossene Menschen.

Nach dem Blutbad — das Verbot der „Roten Fahne“ und des RFB.

Brutale Logik der kapitalistischen Unterdrückungsmaschine, die sich demokratische Republik nennt:

Jörgiebel und seine Gardien haben in Berlin schlimmer gehaust als die zaristischen Kojaten, Opfer reiht sich an Opfer, Hunderte sind ermordet oder verwundet, Tausende mißhandelt oder gefangen. Aber — verfolgt werden nicht die Mörder, nicht ihre Hintermänner, nicht ihre Auftraggeber; verfolgt wird allein die revolutionäre Bewegung, gegen die sich das Verbrechen der Jörgiebel-Gardien richtete!

Arbeiterblut ist von den Bürgerkriegsgarden des kapitalistischen Staates vergossen worden — und dieser selbe kapitalistische Staat verbietet die „Rote Fahne“, verbietet den Roten Frontkämpferbund! Droht mit dem Verbot der R F D.!

Die würdige sozialdemokratische Koalitionsregierung Preußens, mit deren Billigung Jörgiebel seine Blutherrschaft ausübte, sein Schreckensregiment errichtete, scheut nicht vor den perfidesten Methoden von Lug und Trug zurück, um ihr Attentat auf den Roten Frontkämpferbund möglichst wirksam zu gestalten.

Planmäßig dementiert sie zunächst alle Meldungen, wonach Erwägungen über das Verbot des RFB. bestehen, um dann nachträglich einzugestehen, sie habe nur geschwindelt, um die revolutionären Arbeiter in Sicherheit zu wiegen.

Und dennoch: aller Terror, alle Gemeinheit und Niedertracht, alle strapellose Lüge und Brutalität, mit der die Anschläge auf die Arbeiterklasse durchgeführt wurden, scheiterten an der eisernen Kampfschlossenheit der Massen, an dem Zielbewußtsein der revolutionären Führung, der klaren, unbereubaren Politik der kommunistischen Partei.

Die KPD. — die Führerin der deutschen Arbeiterklasse!

Hätten die Kommunisten vor Jörgiebels Drohungen kapituliert, das Recht der Arbeiter auf die Strafe preisgegeben, so wäre der Triumph der Reaktion zu einer furchtbaren Gefahr für die Arbeiterklasse auf allen Gebieten geworden. Wirtschaftlich und politisch erst recht die verschärfte reaktionäre Offensive gegen die Lebensinteressen der Arbeiter eingeseht. Die

Kommunistische Partei kapituliert nicht. Sie stellte sich an die Spitze des Kampfes der Arbeiter um die Straße, des Kampfes um die durch 40jährige Tradition erkämpften proletarischen Rechte.

Und die Arbeiter eroberten und behaupteten die Straße!

Hätte die Kommunistische Partei sich durch Bürgel zu einem vorzeitigen bewaffneten Aufstand provozieren lassen, so wäre auch das nur der gewünschte Anlaß für Bourgeoisie und Sozialdemokratie gewesen, den Vormarsch der revolutionären Bewegung im Blut zu ersticken.

Die Kommunistische Partei bewährte sich als die wirkliche Führerin der Arbeiterklasse. Sie wurde der politischen und geschichtlichen Verantwortung, die auf ihr lastete, voll auf gerecht.

Abrechnung mit den Mördern!

So gibt es nur eine Lehre, eine Schlussfolgerung aus den blutigen Maitagen von Berlin: Die Anklage, die Brandmarkung gegen die Mörder, gegen die Mächte, die das Blut der Berliner Arbeiter vergossen haben, die den 1. Mai in einem „Tag der Toten“ zu wendeln versucht haben; Bourgeoisie und Sozialdemokratie!

Kein Klassenbewußter Arbeiter kann länger Gemeinschaft mit der Partei der Mörder halten! Kein Klassenbewußter Arbeiter kann es dulden, daß die Mörderpartei, die Mörderpresse in den Reihen der Arbeiterschaft noch Anhang oder Verbreitung findet.

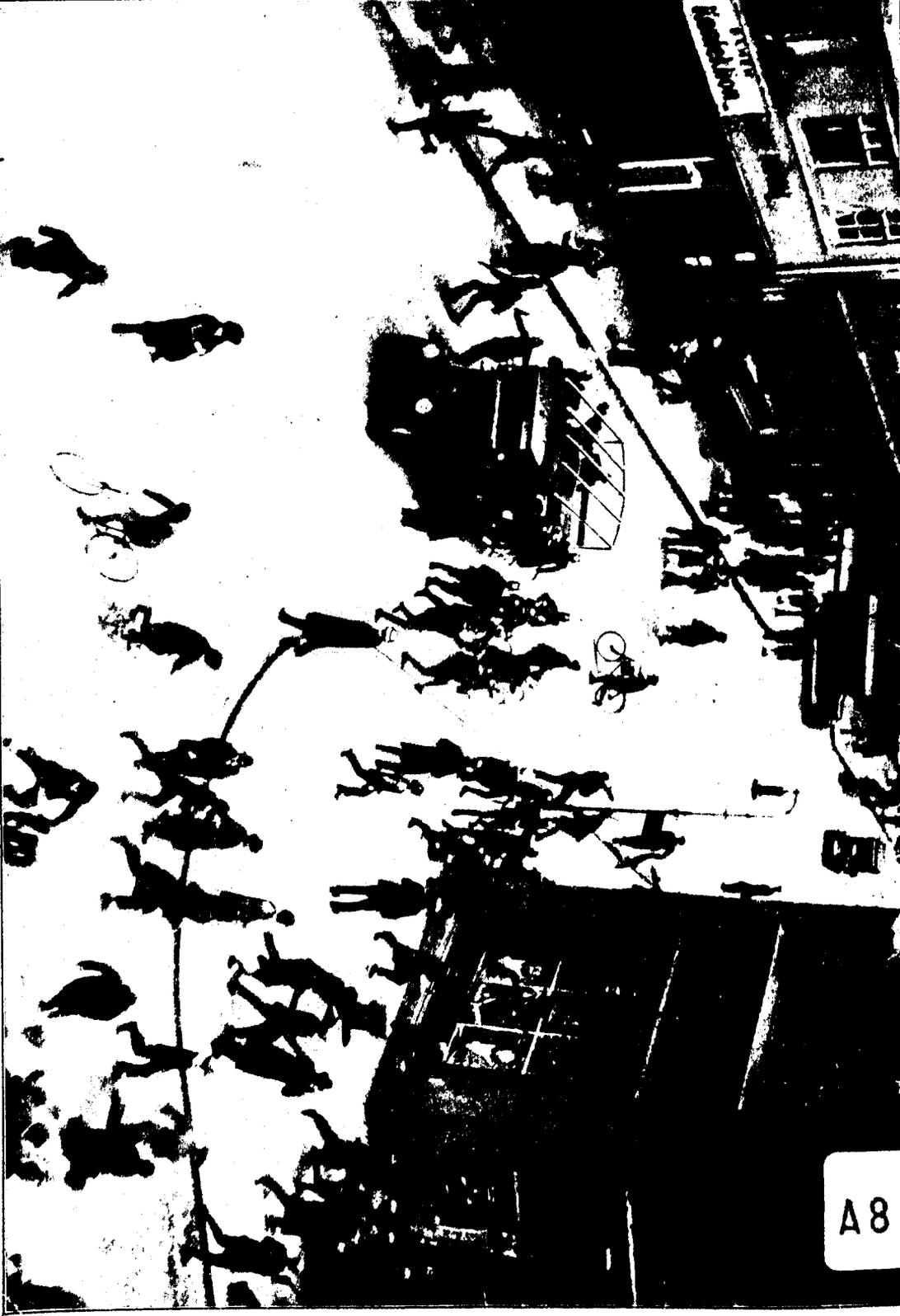
Gedächtnis ist, wer in den Betrieben es wagt, sich zur Partei Bürgels, zur Partei des Arbeitermordes zu bekennen!

Und auf der anderen Seite: Die Kommunistische Partei Deutschlands, die in diesen Tagen an der Spitze des Berliner Proletariats kämpfte, die durch keine Drohungen, keine Verbote zermürbt oder gebeugt werden konnte, die sich durch ihren revolutionären Kampf, durch ihre Taten in mehr als zehn Jahren das Vertrauen des Proletariats erworben hat, — unter ihren Fahnen gilt es zu kämpfen!

In ihre Reihen gehört der Arbeiter, die Arbeiterfrau. Sie ist die Partei, in deren Zeichen das deutsche Proletariat allein den Weltkampftag der Arbeit beging. Sie ist die Partei, die sich der Welle der faschistischen Reaktion entgegenstellt, jener faschistischen Reaktion, als deren wichtigster Stoßtrupp die Sozialdemokratie mit ihren Bürgel-Methoden fungiert.

So kann es nur eine Lehre geben: Heraus aus der Sozialdemokratie, heraus aus den übrigen bürgerlichen Parteien, heraus aus der Front der blutbefleckten Mörder!

Hinein in die Kommunistische Partei Deutschlands!



A8